

Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

An der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und Sozialer Lage

Endbericht

Forschungsprogramm

Städtebauliche Begleitforschung

Projektlaufzeit

1. Oktober 2015 bis 30. November 2016

Aktenzeichen

SWD/F 10.08.08.30

im Auftrag

des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

bearbeitet von

Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, Berlin

Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Endbericht



Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Endbericht

Auftraggeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(BMUB)

Susanne Glöckner

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Juliane Wagner

Auftragnehmer

Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
Telefon (030) 885 914 -0
Fax (030) 885 914-99
www.planergemeinschaft.de

Bearbeitung

Hedwig Dylong
Kerstin Jahnke
Kerstin Stelmacher

Mitarbeit

Cherin Aref Omar
Anna Luxat

Stand

Oktober 2016

Die Planergemeinschaft ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kurzfassung	9
Summary	14
1 Umweltgerechtigkeit - ein neues Thema in der Sozialen Stadt	21
1.1 Inhalt und methodisches Vorgehen	21
1.2 Umweltgerechtigkeit - Benachteiligungen entgegenwirken	25
1.3 Soziale Stadt - Mehrfach belastete Quartiere im Fokus	26
2 Situation in den Programmgebieten: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt	27
2.1 Bedeutung in den Ländern und Kommunen	28
2.2 Handlungsfelder	33
2.3 Maßnahmen und Wirkungen	38
2.4 Finanzierung und Mittelbündelung	46
2.5 Akteure und Kooperationen	48
2.6 Erfolgsfaktoren	54
3 Indikatoren zur Erfassung von Umweltgerechtigkeit	59
3.1 Beispiel: Die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption	59
3.2 Monitoringansatz aus dem Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum"	63
3.3 Ergebnisse der Kommunenbefragung	65
4 Weiterer Forschungsbedarf	68
5 Handlungsempfehlungen	71
5.1 Übergreifende Empfehlungen	72
5.2 Empfehlungen an Bund und Länder	73
5.3 Empfehlungen an die Länder	73
5.4 Empfehlungen an die Kommunen	74
Literaturverzeichnis	77
Bildnachweise	79
Anhang	80

Kurzfassung

Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit verfolgt das Ziel, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu vermindern und einen gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu schaffen. Dabei werden Zusammenhänge zwischen Umweltqualität, Gesundheit und sozialer Lage aufgegriffen. In benachteiligten städtischen Gebieten erhält Umweltgerechtigkeit eine besondere Relevanz, denn diese Quartiere sind auch von Umweltbelastungen stärker betroffen, wie zum Beispiel durch Verkehrslärm, durch thermische Belastungen wegen hoher Versiegelung oder durch mangelhafte Versorgung mit attraktiven Grünflächen. Oftmals handelt es sich dabei um Programmgebiete der Sozialen Stadt. Im Forschungsprojekt wird untersucht, inwiefern Maßnahmen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt im Sinne der Verbesserung von Umweltgerechtigkeit wirken und es wird eruiert, wie der Ansatz der Umweltgerechtigkeit in der Praxis vor Ort stärkere Verankerung finden kann.

Gerade die für das Programm Soziale Stadt typische integrierte Betrachtungsweise von Problemlagen, die entsprechende Ableitung von Maßnahmen in einem städtebaulichen Entwicklungskonzept sowie die Einbindung verschiedener Akteursgruppen und Ressorts scheinen für die Förderung von Umweltgerechtigkeit besonders geeignet, denn diese erfordert eine ressortübergreifende und sozialräumliche Betrachtung. Das vorliegende Forschungsvorhaben knüpft an die Ergebnisse des Vorhabens "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2015) an, welches das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag des Umweltbundesamtes bearbeitet hat. Es untersuchte gemeinsame Ansätze und konkrete Projekte zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt und liefert damit Beiträge zum weiteren Abbau sozialräumlicher Ungleichheit.

Forschungsfragen

Im Mittelpunkt des vorliegenden Forschungsvorhabens standen Fragen zur Umsetzung des Themas Umweltgerechtigkeit im Programm Soziale Stadt, zu eingesetzten Ressourcen, zu beteiligten Akteuren und deren Erfahrungen sowie zum Stellenwert der Umweltgerechtigkeit. Gelungene Praxisbeispiele sollten recherchiert und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Folgende Forschungsleitfragen wurden verfolgt:

- Wie stellt sich die Situation in den Programmgebieten der Sozialen Stadt in Bezug auf Umweltgerechtigkeit dar? Wird Umweltgerechtigkeit in den Ländern, Kommunen und den städtebaulichen Entwicklungskonzepten thematisiert?
- Welche Maßnahmen werden in welchen Handlungsfeldern im Sinne der Umweltgerechtigkeit umgesetzt und wie explizit wird vorgegangen? Wie wirken sie im Sinne der Umweltgerechtigkeit?

- Welche Akteure bringen das Thema Umweltgerechtigkeit zur Umsetzung und welche Erfahrungen machen sie dabei? Welche Kooperationen sind förderlich, welche Widerstände gibt es?
- Welchen Stellenwert nehmen Kosten von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit ein? Welche anderen Programme werden zur Mittelbündelung herangezogen?
- Wird Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt anhand von Indikatoren erfasst und wenn ja, anhand welcher und wie?

Ergebnisse aus dem Forschungsvorhaben sowie die Portraits der in der Untersuchung bundesweit recherchierten und ausgewählten guten Praxisbeispiele wurden in der Publikation "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage" (BMUB 2016) veröffentlicht. Der gleichnamige bundesweite Kongress fand am 13. Juni 2016 in Berlin statt.

Untersuchungsmethoden

Methodisch stützte sich das Forschungsprojekt auf eine Befragung der 16 Bundesländer und von ausgewählten Kommunen sowie auf eine bundesweite Recherche zu guten Projektbeispielen in Programmgebieten der Sozialen Stadt.

Den im Forschungsvorhaben entwickelten Fragebogen beantworteten die Programmverantwortlichen aller Bundesländer sowie der Deutsche Städtetag. Die Länderbefragung diente in erster Linie der Situationsanalyse zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt und lieferte außerdem wichtige Hinweise auf gute Praxisbeispiele in den Kommunen. Von den Ländern benannte Kommunen wurden mit einem auf die kommunale Ebene angepassten Fragebogen angeschrieben. Im Mittelpunkt hier stand neben der Situationsanalyse die Beispielgenerierung mit ersten Angaben zu konkreten Maßnahmen, ihren Akteuren, Wirkungen und Finanzierungsmodellen. Die Fragebögen finden sich im Anhang dieses Endberichts.

Die Recherche guter Praxisbeispiele speiste sich des Weiteren aus einer systematischen, Schlagwort gestützten Auswertung der Datenbanken zum elektronischen Monitoring (eMo) und zu den elektronischen Begleitinformationen (eBI) der Städtebauförderung sowie aus freier Recherche in einschlägiger Literatur und im Internet. Die Auswertung von eMo und eBI lieferte Hinweise zu über 60 Projekten guter Praxis im Sinne der Umweltgerechtigkeit.

In einem zweistufigen Filterverfahren wurden aus insgesamt über 100 recherchierten Projekten in Programmgebieten der Sozialen Stadt 13 gute Beispiele ausgewählt. Neben ihrer inhaltlichen Eignung bilden sie eine Vielfalt hinsichtlich der räumlichen Verortung, der Gebietscharakteristik, des Projektumfangs und der Akteurskonstellationen ab. Inhaltlich wurden sie den Themenbereichen Grünflächen, Gemeinschaftsgärten, Klima, Lärm/Verkehr und Umweltbildung/Netzwerke zugeordnet. Alle ausgewählten Projekte wurden in persönlichen Interviews vor Ort mit Verwaltung, Trägern, Quartiersmanagements

und Bewohnerschaft vertiefend untersucht. Sie sind in der Publikation portraitiert.

Die Ergebnisse aus allen Erhebungsmethoden wurden anhand der Forschungsleitfragen analysiert. Aus dieser Gesamtschau ließen sich Empfehlungen im Hinblick auf die Förderung von Umweltgerechtigkeit für unterschiedliche Handlungsebenen ableiten.

Ergebnisse

War Umweltgerechtigkeit bislang wenig präsent in der Umsetzung der Sozialen Stadt, wird seit der Fortschreibung der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 dem Ansatz im Programm Soziale Stadt erstmals und explizit ein größeres Gewicht gegeben. Auch die 2016 auf Bundesebene beschlossene "Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt" geht explizit auf Umweltgerechtigkeit ein. Auf Länderebene zeigt das Beispiel Berlin mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption konkrete konzeptionelle Ansätze zur Erfassung und Bewertung von Umweltgerechtigkeit.

Die Befragungen zeigen ein differenziertes Bild zur Bedeutung der Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Einerseits ist das Thema durchaus in der Sozialen Stadt angekommen. Das Programm wird als geeignet erachtet, Anliegen der Umweltgerechtigkeit umzusetzen. Ebenso wurden zahlreiche Projektbeispiele benannt, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken. Explizit als Ziel der Sozialen Stadt wird Umweltgerechtigkeit jedoch bislang selten begriffen und dabei des Öfteren als nachrangig bewertet. In diesem Zusammenhang wurde gleichzeitig deutlich, dass der Begriff Umweltgerechtigkeit nach wie vor erklärungsbedürftig ist und teilweise missverständlich gebraucht wird. Es ist insgesamt zu erwarten, dass Umweltgerechtigkeit künftig, nach der Integration in die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung, auch in die städtebaulichen Entwicklungskonzepte stärker und explizit Einzug hält.

Umweltgerechtigkeit ist nicht einem bestimmten Handlungsfeld der Sozialen Stadt zuzuordnen. Entsprechende Maßnahmen wirken vielmehr in mehreren Handlungsfeldern beziehungsweise übergreifend. Die wichtigsten dabei sind: Grün- und Freiflächen, Wohnen, Verkehr, Bildung, Gesundheitsförderung und Beteiligung. Neben der Verringerung von Umweltbelastungen, dem Zugang zu Grün oder der Kompensation von Belastungen, haben entsprechende Maßnahmen zumeist noch weitere Effekte in unterschiedlichen Zielrichtungen, wie zum Beispiel Teilhabe, Integration und ressortübergreifende Zusammenarbeit. Auch in Bezug auf wirksame Maßnahmen wurde deutlich, dass Umweltgerechtigkeit als Ziel zumeist implizit verfolgt wird. Die im Forschungsvorhaben ausgewählten 13 Praxisbeispiele sind: Klimaschutzquartier Kiel-Gaarden, Interkultureller Permakulturgarten Hamburg-Langenhorn, Gemüsewerft Bremen, Lärmschutzmaßnahme Bahlsen in Barsinghausen, Unser Hahnenbach und Zauberwelt Wasser im Emschertal/Gladbeck, Mombacher Abenteuerwald Mainz, Travertinpark Stuttgart, Wohnen am Ring in München, Gesundheitsnetzwerk Nürnberg, Urbaner Wald Leipzig, KiezKlima und Schule im Wald® in Berlin sowie die Gartenstadt Drewitz in Potsdam.

Um Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit umzusetzen, werden in den Programmgebieten Mittel der Sozialen Stadt mit anderen Fördermitteln gebündelt. Das Spektrum der eingesetzten Fördermittel reicht von EU- und Bundesmitteln sowie Förderprogrammen aus anderen Ressorts über Landesmittel bis zu kommunalen Mitteln und einer Förderung der Krankenkassen. Da in den Bundesländern und Kommunen keine ausdrückliche Erfassung von Projekten zur Umweltgerechtigkeit und dementsprechend auch keine themenscharfe Kostenzuweisung erfolgt, beruhen die Angaben aus den Befragungen auf erbetenen Schätzungen zum Mitteleinsatz für Umweltgerechtigkeit. Diese Einschätzungen waren höchst unterschiedlich. Im Forschungsvorhaben konnte aufgrund dieser Datenlage keine eindeutige Aussage zum Stellenwert von Umweltgerechtigkeit bezüglich der Kosten im Programm Soziale Stadt erfolgen.

Für Umweltgerechtigkeit förderliche Kooperationspartner sind all jene Akteure, die sich an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage treffen und über ihre Einzelinteressen hinaus agieren können. Impulsgebende Akteure für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt sind vor allem Ministerien und Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Relevant sind hier vor allem die Umwelt- und die Stadtentwicklungsressorts. Bei der Umsetzung spielen Wohnungsbaugesellschaften, Krankenkassen und zivilgesellschaftliche Akteure aus den Bereichen Soziales, Umwelt und Bildung eine große Rolle. Für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Umweltgerechtigkeit sind die Quartiersmanagements entscheidend, denn sie vernetzen beteiligte Akteure, moderieren Beteiligungsverfahren und organisieren Schnittstellen zwischen Ämtern, Bewohnerschaft, Trägern und Unternehmen.

Umweltgerechtigkeit braucht ressortübergreifendes Denken und kooperatives Handeln als wesentliche Erfolgsfaktoren. Das gelingt in der Sozialen Stadt auf Quartiersebene wie in kaum einem anderen vergleichbaren Programm, bleibt aber auch dort ausbaufähig und verlangt stetige Anstrengung. Des Weiteren ist die für die Soziale Stadt typische Mehrzielorientierung förderlich für Projekte zur Umweltgerechtigkeit. Die Bündelung verschiedener finanzieller Mittel sowie Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement haben sich als weitere Erfolgsfaktoren für eine gelungene Umsetzung von Projekten herausgestellt.

Voraussetzung für gezieltes Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit ist deren Erfassung. In den Kommunen werden zwar bereits viele Daten zu Umwelt- und Gesundheitsfaktoren erhoben, jedoch bleibt offen, wie kleinräumig und miteinander vergleichbar die Datensätze sind. Für eine Beurteilung der Mehrfachbelastungen hinsichtlich der Umweltgerechtigkeit ist erforderlich, die Daten auf gleicher räumlicher Ebene übereinander zu legen. Indikatoren für die Erfassung von Umweltgerechtigkeit müssen der Komplexität des Ansatzes gerecht werden und die verschiedenen Belastungsbereiche abbilden. Mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption und dem Monitoringansatz aus dem Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2015) werden zwei diesbezügliche Ansätze vorgestellt,

die aufgrund ihres Umfangs und Aufwandes auch unterschiedlich in ihrer Übertragbarkeit zu bewerten sind.

Im Forschungsprojekt wurden Handlungsempfehlungen formuliert. Grundsätzlich sollte Umweltgerechtigkeit nicht als neues Handlungsfeld in der Sozialen Stadt eingeführt, sondern als "neue Brille" genutzt werden, die die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage in den Fokus nimmt und einen neuen Blick auf die Programmatik und Umsetzung der Sozialen Stadt wirft. Umweltgerechtigkeit als Ziel sollte stärker und auch explizit bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen integriert werden. Das Thema braucht mehr Öffentlichkeit und die explizite Benennung, um besser wirksam zu werden. Akteure der verschiedenen Ebenen können entscheidende Beiträge dazu leisten, indem zum Beispiel Strukturen für ressortübergreifendes Handeln ausgebaut werden und Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel in die Förderrichtlinien aufgenommen wird. Das Verkehrsressort wurde als Schlüsselstelle identifiziert und sollte stärker einbezogen werden. Neben dem Programm Soziale Stadt braucht es gesundheits- und umweltbezogene Partnerprogramme, um die Umweltgerechtigkeit zu stärken. Weitere Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die Verankerung des Themas auf lokaler Ebene.

Einschätzung

Das Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" konnte insgesamt mit den gewählten Methoden die geplanten Forschungsziele erreichen. Die Recherche guter Praxisbeispiele von Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt mündete in der Publikation "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage" (BMUB 2016). Der bundesweite Kongress am 13. Juni 2016 in Berlin beleuchtete mit circa 300 Teilnehmenden den Ansatz der Umweltgerechtigkeit im Kontext der Sozialen Stadt, stellte die Praxisbeispiele und Perspektiven für mehr Umweltgerechtigkeit zur Diskussion und brachte dafür Akteure und Fachsichten der sozialen Stadt- und Quartiersentwicklung, dem Gesundheitsbereich und des Umweltschutzes zusammen.

Die Befragungen lieferten wichtige Einschätzungen zu Bedeutung und Perspektiven der Umweltgerechtigkeit in Programmatik und Praxis auf Ebene der Länder und Kommunen. Hinsichtlich eindeutig vergleichbarer Aussagen zur Bedeutung der Umweltgerechtigkeit stieß die Methode aber an ihre Grenzen, da sich teilweise ein uneinheitliches Begriffsverständnis herausstellte. Zudem würden sich Schlussfolgerungen zum finanziellen Stellenwert von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit mit quantitativen Verfahren vertiefen lassen. Dies setzt allerdings eine trennscharfe Kostenabbildung für Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit voraus, die bisher in den Kommunen nicht vorgenommen wird. Um diese beiden Aspekte der Situationsanalyse, die nicht im Vordergrund dieses Forschungsvorhabens standen, weiterführend zu untersuchen, wäre eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Befragungsmethoden adäquat.

Aus den Ergebnissen des Forschungsvorhabens lässt sich weiterer Untersuchungsbedarf ableiten, um die Möglichkeiten einer qualifizierten Anwendung des Ansatzes der Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, der Städtebauförderung und der Stadtentwicklung insgesamt zu eruieren. Im Themenbereich Gesundheit wäre zu untersuchen, welchen Beitrag das Gesundheitsressort in der Abwägung der formellen und informellen Planung auf sozial-räumlicher Ebene leisten kann. Für den Bereich des Verkehrs wäre zu erforschen, welchen Beitrag alternative Mobilitätskonzepte wie E-Mobilität und Car-Sharing zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit leisten können. Ein weiteres Forschungsfeld ist das Monitoring: Hier wäre zu prüfen, wie sich Indikatoren zur Umweltgerechtigkeit in bestehende Monitoringsysteme der Kommunen integrieren lassen.

In vielen Großstädten wächst die Bevölkerung. Diese Städte brauchen Flächen für den Wohnungsbau und verdichten vielfach die Innenstädte, um den benötigten Wohnraum in nachgefragter und verkehrsgünstiger Lage zu schaffen. Dabei werden Grünräume überbaut und versiegelt. Eine wichtige Frage für Umweltgerechtigkeit kann demzufolge sein, wie sich welche baulichen Verdichtungsformen auf Umweltgerechtigkeit auswirken und schließlich wie der Verdichtungsanspruch von wachsenden Städten mit den Zielsetzungen der Umweltgerechtigkeit verbunden werden kann.

Summary

The objective of an environmental justice approach is to prevent or minimise spatially concentrated environmental pollution that impacts on health and, at the same time, create fair access to environmental resources. It also explores other connections between environmental quality, health and social class. Environmental justice is particularly relevant in deprived urban areas because these neighbourhoods are more affected by environmental pollution, such as traffic noise, thermal problems resulting from the high degree of soil sealing and inadequate provision of attractive green spaces. Often these neighbourhoods are in areas covered by the Social City programme (Soziale Stadt). This research project examines the extent to which measures in these areas have a positive impact on environmental justice and also explores how the environmental justice approach could become more firmly established in practice.

Promoting environmental justice requires a view that is both interdepartmental and takes socio-spatial context into account. The Social City programme would appear to be particularly well suited to this: it typically has an integrated way of looking at problem situations, it devises measures based on that and incorporates them into an urban development strategy, and it involves different groups of stakeholders and different governmental departments. This research project draws on the findings of the project entitled "Environmental

justice in urban areas," commissioned by the Federal Environment Agency (Umweltbundesamt, UBA) and carried out by the German Institute of Urban Affairs (Deutsches Institut für Urbanistik, Difu). It carried out research to identify shared approaches and specific projects on environmental justice in the Social City programme, thus helping to further eliminate socio-spatial inequality.

Research questions

This research project focused on questions concerning implementation of environmental justice within the Social City programme, resources used, stakeholders to be involved and their experience with environmental justice, and the importance attached to it. The idea was to identify examples of good practice and use them to develop recommendations for action. The following key research questions were explored:

- What is the situation regarding environmental justice in the areas covered by the Social City programme? How is environmental justice being addressed in the Länder (federal states), local authorities and urban development concepts?
- What measures are being implemented in which fields of action with a view to achieving environmental justice and what explicit approach is being taken? What impact are those measures having on environmental justice?
- Who are the actors implementing environmental justice and how have they experienced it? What kinds of collaboration are proving conducive and where is there resistance?
- How important a factor are the costs of measures to achieve environmental justice? What other programmes are being used in an attempt to pool funds?
- Are indicators being used to measure environmental justice in the Social City programme and, if so, what are they and how are they being used?

Findings from the research project, along with outlines of the nationwide examples of good practice researched and selected, were published in a brochure entitled "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt - Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage" (environmental justice in the Social City programme - good practice at the environment, health and social class interface" (BMUB 2016). A national conference with the same name was held in Berlin on 13 June 2016.

Research methods

In terms of methodology, the project's main tool was a survey of Germany's 16 Länder and selected local authorities, accompanied by research to identify projects that demonstrate good practice in areas throughout Germany covered by the Social City programme.

Staff responsible for the programme in all the Länder and with the Association of German Cities (Deutscher Städtetag) answered the questionnaire developed for the research project. The main purpose of the Länder survey was to analyse the environmental justice situation in the Social City programme; it also provided important pointers towards examples of good practice in local authorities. The local authorities named by the Länder were contacted and sent a questionnaire adapted to local authority level. The focus here was not just on analysing the situation but also on generating examples, with initial details of specific measures, along with the actors involved, the impact of the measures and funding models. The questionnaire can be found in the annex to this final report.

Further examples of good practice were also found by means of a systematic, keyword-based analysis of databases on electronic monitoring (eMo) and electronic background information (eBi) on Urban Development Grants (Städtebauförderung), as well as by an unrestricted search of relevant literature and internet research. An analysis of eMo and eBi pointed to over 60 good practice projects with regard to environmental justice.

In a two-stage filtering process, the total of over 100 projects researched in areas covered by the Social City programme was narrowed down to 13 examples of good practice. In addition to being suitable in terms of content, they also offered great diversity in terms of geographical location, characteristics of the area in question, extent of the project and constellation of actors involved. In terms of content they covered a number of thematic areas: green spaces, community gardens, climate, noise/traffic and environmental education/networks. All the projects selected were studied in greater detail in face-to-face interviews with representatives of the public administration, project managers, neighbourhood management teams and residents' groups. They are outlined in the brochure.

Key research questions were used to analyse the findings from all the different survey methods. From this overall picture, we were able to develop recommendations on how to promote environmental justice applicable at different levels of action.

Findings

In the past, environmental justice did not really feature in the implementation of the Social City programme. However, since the 2016 update of the administrative agreement on Urban Development Grants (Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung) between the federal government and the Länder, the approach has explicitly been given greater weighting within the programme for the first time. The interdepartmental Social City strategy (Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt), adopted by the federal government in 2016, also makes explicit mention of environmental justice. At Länder level, the example of Berlin with its integrated approach to environmental justice demonstrates concepts for measuring and evaluating environmental justice.

The surveys produced a differentiated picture of the significance of environmental justice in the Social City programme. On the one hand, the issue has genuinely been accepted as part of the programme. We consider the programme to be suitable for implementing environmental justice concerns. Numerous examples of projects that are having an influence on environmental justice were also cited. However, environmental justice has to date rarely been explicitly understood as a goal of the Social City programme and indeed is often seen as being of secondary importance. In this connection, it also became clear that the term environmental justice still needs to be explained and is to some extent used ambiguously. Overall, in the future it can be expected that environmental justice, having been integrated into the administrative agreement on Urban Development Grants, will feature more strongly and explicitly in urban development strategies.

Environmental justice cannot be classified as belonging to any particular field of action in the Social City programme. Measures to achieve it impact on and across several fields of action. The most important ones are green and open spaces, housing, transport, education, health promotion, and public participation. In addition to reducing environmental pollution, promoting access to green space and offsetting negative impacts, the measures taken have usually had other effects on different goals, such as participation, integration and cross-departmental cooperation. With regard to effective measures, it also became clear that environmental justice is usually an implicit goal. The 13 examples of good practice selected by the research project are: Klimaschutzquartier Kiel-Gaarden (neighbourhood climate action), Interkultureller Permakulturgarten Hamburg-Langenhorn (intercultural permaculture garden), Gemüsewerft Bremen (urban gardening at Bremen's docks), Lärmschutzmaßnahme Bahlse in Barsinghausen (a scheme to mitigate noise for a community near a factory), Unser Hahnenbach und Zaubervelt Wasser im Emschertal/Gladbeck (a river engineering scheme that created a park and experiential learning facility), Mombacher Abenteuerwald Mainz (adventure forest), Travertinpark Stuttgart (quarry park), Wohnen am Ring in München (noise abatement scheme in Munich), Gesundheitsnetzwerk Nürnberg (health network), Urbaner Wald Leipzig (urban forest), KiezKlima (neighbourhood climate action) and Schule im Wald® (forest school project) in Berlin, and Gartenstadt Drewitz (a participatory project to create a neighbourhood park) in Potsdam.

To implement environmental justice measures, funding for the Social City is pooled with other funding available in the areas covered by the programme. The funds deployed range from EU and federal government resources, money from funding programmes run by other government departments, and funding from the Länder and local authorities through to support from the health insurance providers. Since the Länder and local authorities do not specifically record projects on environmental justice, which means it is not possible to allocate costs precisely, the information is based on the estimates the surveys asked respondents to make regarding funds deployed for environmental justice. These estimates varied greatly. This data situation meant

that the research project was not able to make an unequivocal statement about the importance attached to environmental justice in terms of costs in the Social City programme.

Valuable cooperation partners for environmental justice include all those actors at the interface between the environment, health and social class who are able to act in a way that goes beyond their own individual interests. Ministries and government agencies at federal and Länder level and local authorities are the principal actors who are able to inject ideas on environmental justice into the Social City programme. The environment and urban planning departments are particularly relevant here. In terms of implementation, housing associations, health insurance schemes and civil society actors from the social, environmental and education sectors play a major role. The neighbourhood management organisations are decisive for the development and implementation of environmental justice projects because they link up the different stakeholders involved, facilitate participation processes and organise interfaces between government agencies, residents, project managers and business.

Interdepartmental thinking and cooperative action are the key factors in successfully achieving environmental justice. There is scarcely a programme where this succeeds better at neighbourhood level than the Social City programme, but even there it can still be expanded and still calls for continuous efforts. The multi-goal focus of the Social City programme is also helpful in environmental justice projects. Pooling funding from different sources and public participation and civic involvement have also proved to be key factors for successful project implementation.

It is not possible to take targeted action to achieve environmental justice without first of all collecting data. Local authorities already collect a great deal of data on environmental and health factors, but it is not possible to say whether the data sets are small scale enough and comparable. The ability to assess multiple negative impacts on environmental justice depends on superimposing data on the same spatial level. Indicators for measuring environmental justice must adequately reflect the complexity of the approach and depict different areas of impact. We describe two ways of doing this: Berlin's integrated approach to environmental justice and the monitoring approach used in the research project entitled "Environmental justice in urban areas." Their different scope and extent mean they also differ in the degree to which they are transferable.

The research project has drafted recommendations for action. The fundamental idea is not to introduce environmental justice as a new field of action in the Social City programme but to use it as a new "lens" that focuses on the interconnections between the environment, health and social class and takes a fresh look at the content and implementation of the Social City programme. Environmental justice should be more firmly integrated into the development and implementation of measures and should also be made more explicit. The whole topic needs greater public exposure and needs to be explicitly named in order to become more effective. Actors on different levels can make crucial contributions towards achieving this, for example by expanding the structures

needed for cross-departmental action and by including environmental justice as a cross-cutting objective in funding guidelines. The government's transport department has been identified as a key agency and should be more closely involved. In addition to the Social City programme, health and environment-related partner programmes are needed to strengthen environmental justice. Other recommendations for action address the need to embed the issue at local level.

Assessment

Overall, this research project - Environmental justice in the Social City programme - was able to achieve the research goals set using the methods selected. The search for examples of good practice in environmental justice in the Social City programme culminated in a publication entitled "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt - Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage" (environmental justice in the Social City programme - good practice at the environment, health and social class interface). A national conference held in Berlin on 13 June 2016 and attended by around 300 participants explored the environmental justice approach in the context of the Social City programme, presented the examples of good practice and the prospects of increasing environmental justice, and invited discussion. It also served to bring together different actors with their diverse professional views in the fields of socially integrative urban and neighbourhood development, health and environmental protection.

The surveys provided valuable assessments on the importance of and prospects for environmental justice as reflected both in the stated objectives and actual practice of the Länder and local authorities. The method used came up against its limitations with regard to unequivocally comparable information on the significance of environmental justice because it emerged that there is no uniform understanding of the term across the board. Furthermore, it would be possible to use quantitative methods to explore in greater depth conclusions on the importance attached to measures to achieve environmental justice as reflected in funding. However, this would require the costs for environmental justice to be depicted with precision, something which local authorities have thus far not done. A combination of quantitative and qualitative survey methods would be appropriate for investigating these two aspects of the situational analysis, which were not the main concern of this research project.

The research project findings indicate a need for further investigation to explore the possibilities of using an appropriate environmental justice approach in the Social City programme, in funding urban design and in urban development overall. In the field of health, it would be useful to investigate what contribution the health sector can make to considering formal and informal plans on a socio-spatial level. An area of further study in the transport sector could be the contribution that alternative mobility concepts such as e-mobility and car sharing can make to improving environmental justice. Another field of research is monitoring: here it would be useful to consider how environmental

justice indicators could be integrated into existing monitoring systems operated by local authorities.

The population is growing in many towns and cities. These towns and cities need land for housing and in many cases are increasing the population density in their centres in order to create the necessary housing in sought-after locations with good transport connections. As a result, green spaces are being built on and sealed. An important question for environmental justice could therefore be which denser development forms impact on environmental justice and ultimately how growing urban areas can reconcile their wish to increase density with the objectives of environmental justice.

1 Umweltgerechtigkeit - ein neues Thema in der Sozialen Stadt

Noch ist Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung ein junges Thema in Deutschland. Doch zunehmend erfährt der Ansatz Beachtung in der Fachöffentlichkeit. Umweltgerechtigkeit nimmt die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit in den Blick. Gemäß der Definition des Deutschen Instituts für Urbanistik (Umweltbundesamt 2015) geschieht dies mit dem Ziel, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu vermindern und einen sozialräumlich gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu schaffen. Eine besondere Relevanz erhält der Ansatz der Umweltgerechtigkeit für sozial benachteiligte Gebiete im städtischen Raum, denn gerade dort sind die Bewohnerinnen und Bewohner stärker von Umweltbelastungen betroffen. Oftmals handelt es sich dabei um Programmgebiete der Sozialen Stadt.

Der integrierte Programmansatz der Sozialen Stadt bietet gute Voraussetzungen, die für Umweltgerechtigkeit relevanten Handlungsfelder Grünflächenversorgung, Gesundheits- und Bewegungsförderung sowie Bildung zusammenzuführen. Das Programm ist geübt in ressortübergreifender Zusammenarbeit und in der Bündelung von Programmen und Initiativen. Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit bietet eine thematische Erweiterung der Sozialen Stadt mit dem Ziel des Abbaus sozial-räumlicher Ungleichheit und ist eine "neue Brille", um dabei Gesundheits- und Umweltaspekte stärker in den Blick zu nehmen.

1.1 Inhalt und methodisches Vorgehen

Das inhaltliche Erkenntnisinteresse des Forschungsvorhabens war, die Praxis der Sozialen Stadt in den Ländern, Kommunen und Quartieren zu untersuchen und zu prüfen, wie der Ansatz der Umweltgerechtigkeit in der Programmumsetzung angekommen ist. Methodisch stützte sich das Forschungsprojekt auf eine Befragung der 16 Bundesländer und von ausgewählten Kommunen sowie auf eine Auswertung der Datenbanken der Städtebauförderung und eine Recherche in frei zugänglichen Datenbanken zu guten Projektbeispielen in Programmgebieten der Sozialen Stadt.

Folgende Forschungsleifragen standen im Vordergrund des Forschungsprojektes:

Maßnahmen/Akteure

Wie stellt sich die Situation in den Programmgebieten der Sozialen Stadt in Bezug auf Umweltgerechtigkeit dar? Wird Umweltgerechtigkeit in den Ländern, Kommunen und in den integrierten Handlungskonzepten thematisiert? Welche Maßnahmen werden bisher im Rahmen der Programmförderung

ergriffen? Welchen Handlungsfeldern lassen sie sich zuordnen? Werden sie explizit oder implizit verfolgt? Welche Akteure bringen das Thema Umweltgerechtigkeit zur Umsetzung?

Wirkungen/Erfahrungen

Welche Wirkungen werden bei durchgeführten Maßnahmen der Sozialen Stadt zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit erreicht? Wie nachhaltig und wie effektiv sind die Maßnahmen? Welche Erfahrungen machen die beteiligten Akteure dabei? Welche Kooperationen sind förderlich? Welche Widerstände gibt es?

Kosten/Mittelbündelung/Stellenwert

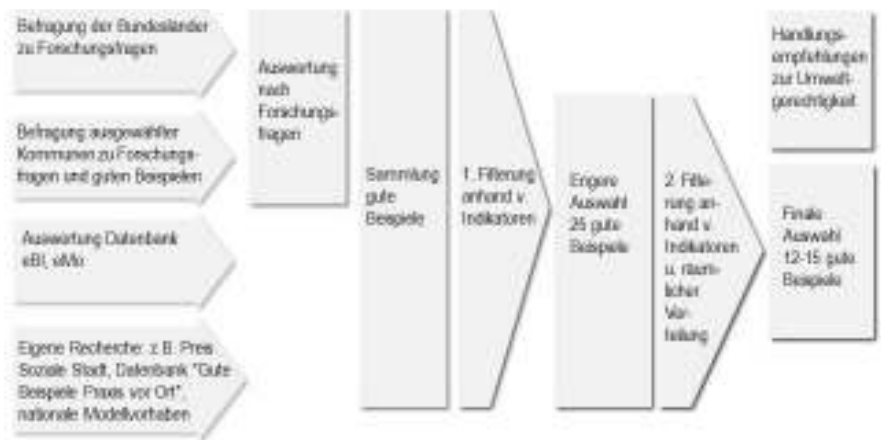
Welchen Stellenwert nehmen die Kosten von gelungenen Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit im Verhältnis zu den Kosten der Gesamtmaßnahme bei den identifizierten guten Praxis-Beispielen ein? Welche anderen Programme, Projekte und Initiativen werden im Rahmen der Mittelbündelung zusätzlich für Maßnahmen herangezogen, die sich auf die Umweltgerechtigkeit auswirken? Welchen Stellenwert haben die Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit im Verhältnis zu Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit in den Bereichen Integration, Bildung, Soziales, Kultur und Wirtschaft?

Indikatoren

Wird Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt anhand von Indikatoren erfasst und wenn ja, anhand welcher? Wie sind die Indikatoren in die Monitoringsysteme der Kommunen integriert?

Handlungsempfehlungen

Welche Ansatzpunkte, Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten lassen sich zur Verbesserung von Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt im Sinne des integrierten Handlungsansatzes identifizieren? Welche Handlungsempfehlungen können an die Akteure der verschiedenen Ebenen adressiert werden? Welche Akteure sind zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit stärker zu integrieren?



Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Im Forschungsprojekt wurde parallel mehrere Bausteine bearbeitet, um die Forschungsleitfragen zu beantworten, gute Beispiele von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit zu recherchieren und aufzubereiten sowie den bundesweiten Kongress zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt vorzubereiten. An dem Kongress am 13. Juni 2016 in Berlin nahmen rund 300 Fachleute aus Praxis, Wissenschaft, Politik und Verwaltung teil. Sie diskutierten auf Einladung von Bundesbau- und Umweltministerin Barbara Hendricks zu der Frage, was Stadtentwicklungspolitik für mehr Umweltgerechtigkeit tun kann. Damit wurde das Thema auf die Agenda der Stadtentwicklungspolitik gesetzt.

Den im Forschungsvorhaben entwickelten Fragebogen beantworteten die Programmverantwortlichen aller Bundesländer sowie der Deutsche Städtetag. Die Länderbefragung diente in erster Linie der Situationsanalyse zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt und lieferte außerdem wichtige Hinweise auf gute Praxisbeispiele in den Kommunen. Von den Ländern benannte Kommunen wurden mit einem auf die kommunale Ebene angepassten Fragebogen angeschrieben. Im Mittelpunkt hier stand neben der Situationsanalyse die Beispielgenerierung mit ersten Angaben zu konkreten Maßnahmen, ihren Akteuren, Wirkungen und Finanzierungsmodellen. Von den insgesamt 39 angeschriebenen Kommunen gingen 25 Fragebögen aus 23 Kommunen ein. Sie lieferten Hinweise auf 45 Praxisbeispiele. Die Fragebögen befinden sich im Anhang dieses Endberichts.

Die Befragung auf Länderebene zur Situationsanalyse erfüllte den Anspruch die Repräsentativität. Hinsichtlich der Befragung ausgewählter Kommunen stand die Generierung von exemplarischen Projekten im Vordergrund. Eine quantitative Repräsentativität der Antworten war hierfür nicht zwingend. Die ermittelten Praxisbeispiele wiesen in ihrer inhaltlichen Vielfalt und räumlichen Verteilung den erstrebten Querschnitt auf.

Hinsichtlich einer quantitativen Beurteilung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit ist festzuhalten: Erfolgreich wären entsprechende Maßnahmen dann, wenn sie nachweislich zu einer Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bewohnerschaft in den betroffenen Gebieten beitragen. Entsprechend notwendige Erhebungen waren nicht Gegenstand der Untersuchung. Sie würden längere Untersuchungszeiträume und eine vertiefende Ursachenforschung erfordern.

Parallel zur Befragung wurden Datenbanken der Städtebauförderung zum elektronischen Monitoring (eMo) und den elektronischen Begleitinformationen (eBI) im Hinblick auf gute Beispiele zur Umweltgerechtigkeit ausgewertet. Die Auswertungen von eMo und eBI stellten im Vergleich zu den Befragungen der Bundesländer und ausgewählter Kommunen sowie der Recherchen eine in Bezug auf alle Programmgebiete umfassende, systematische Herangehensweise dar. Die Datenbanken wurden nach mittelbaren und unmittelbaren Begriffen gefiltert, die sich aus der Nähe der Begriffe zum Thema Umweltgerechtigkeit ergeben. Beim eBI 2014 und eBI 2010 sind die Kategorien Ziele der Gesamtmaßnahme und beim eMo 2013 die Einzelmaßnahmen nach mittelbaren Begriffen gefiltert worden, die auf das Thema Umweltgerechtigkeit hinweisen könnten, wie zum Beispiel Bewegung, Ernährung, Grünfläche, Klima, Verkehrsberuhigung, Gesundheit und weitere. Beim eMo wurden außerdem die Kategorien neu geschaffene Grünflächen und Schwerpunkte analysiert. In der weiteren Analyse wurden diejenigen Gebiete und Maßnahmen näher betrachtet, die eine Verknüpfung von mindestens vier Begriffen vorweisen und/oder die mindestens einen der unmittelbaren Begriffe Gesundheit, Umwelt, Luft, Wasser, Müll, Altlasten und Lärm enthalten. Näher untersucht wurden auch Gebiete und Maßnahmen, die unter den Schwerpunkten einen der unmittelbaren Begriffe enthalten und/oder besonders große neu geschaffene Grünflächen aufweisen.

Als Zwischenergebnis brachte die Analyse der eBi Hinweise auf 46 Programmgebiete und des eMo auf 25 konkrete Maßnahmen. Die so erhaltenen Zwischenergebnisse bedurften einer weitergehenden Prüfung, Internetrecherche und Auswahl. Im Ergebnis hatten fünf der 25 Fallstudien, die Grundlage für die Auswahl der Projekte der Guten Praxis waren, das eBI und eine das eMo als Quelle. Eines der ausgewählten guten Beispiele wurde nur mit Hilfe des eBI gefunden: die Lärmschutzmaßnahme in Barsinghausen. Aus den Erfahrungen mit der Auswertung der Datenbanken der Städtebauförderung wird empfohlen, den Begriff "Umwelt" als weiteren Schwerpunkt in den eMo-Erfassungsbogen aufzunehmen.

Aus den parallel stattfindenden Recherchen in frei zugänglichen Datenbanken wurden zusätzliche 15 Projekte in den weiteren Auswahlprozess aufgenommen. In einem zweistufigen Filterverfahren wurden aus insgesamt weit über

100 recherchierten Projekten in Programmgebieten der Sozialen Stadt schließlich 13 gute Beispiele ausgewählt. Für die erste Filterung wurden anhand der Definition der Umweltgerechtigkeit (Umweltbundesamt 2015) Kriterien auf der Ziel- und Maßnahmenebenen gebildet. Zusätzlich aufgenommen wurden Kriterien zur Kompensation gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie Querschnittskriterien mit den Aspekten Umweltbildung und bürgerschaftliches Engagement. Für die mit der ersten Filtermatrix ermittelten 25 guten Beispiele wurden Steckbriefe erarbeitet und anschließend eine zweite Filterung in Bezug auf die räumliche Verteilung und Wirkung auf die Kernindikatoren Lärm, Luft, Grünflächen und thermische Belastung vorgenommen.

Neben ihrer inhaltlichen Eignung bilden die 13 guten Beispiele eine Vielfalt hinsichtlich der räumlichen Verortung, der Gebietscharakteristik, des Projektumfangs und der Akteurskonstellationen ab. Inhaltlich wurden sie den Themenbereichen Grünflächen, Gemeinschaftsgärten, Klima, Lärm/Verkehr und Umweltbildung/Netzwerke zugeordnet. Alle ausgewählten Projekte wurden in persönlichen Interviews vor Ort mit Verwaltung, Trägern, Quartiersmanagements und Bewohnerschaft vertiefend untersucht. Die Ergebnisse sind in der Publikation "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage" (BMUB 2016) dargestellt.

1.2 Umweltgerechtigkeit - Benachteiligungen entgegenwirken

Umweltgerechtigkeit ist ein erklärungsbedürftiger Begriff. Oftmals, so zeigen viele Reaktionen der Befragten, ist er in der Stadtentwicklungspraxis zu sperrig und zu wenig konkret untersetzt. Auffällig häufig wird der Begriff vorrangig mit Anliegen des Umweltschutzes assoziiert. Tatsächlich ist eine allgemein verbindliche Definition noch nicht vorhanden. Für den Stadtentwicklungszusammenhang ist die vom Deutschen Institut für Urbanistik im Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2015) entwickelte Definition jedoch gut anwendbar.

Demnach kann Umweltgerechtigkeit verstanden werden als "Vermeidung und Verminderung der räumlichen Konzentration von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen sowie als Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen". Im Zusammenhang von sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit werden verhältnisbedingte Gesundheitsaspekte in den Blick genommen, denn schon lange ist bekannt und wissenschaftlich belegt, dass die soziale Lage über den Gesundheitszustand eines Menschen mitentscheidet und die Lebenserwartung beeinflusst.

Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit liefert neue Begründungszusammenhänge für eine stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in der integrierten Stadtentwicklungsplanung. In den USA, wo die

Debatte um Umweltgerechtigkeit (environmental justice) ihren Ursprung hat und sehr präsent ist, sind die sozialen und räumlichen Ungleichheiten von Wohnquartieren wesentlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. Eine direkte Übertragung des Konzeptes ist daher kaum möglich. Vielmehr sollte Umweltgerechtigkeit als eine erweiterte Sicht auf die sozialräumlichen Probleme, die den Menschen und seine Lebensbedingungen in den Mittelpunkt stellt, verstanden und für die konkreten Bedingungen in den Quartieren angewendet werden.

1.3 Soziale Stadt - Mehrfach belastete Quartiere im Fokus

Seit 1999 nimmt das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt Quartiere in den Blick, die gegenüber der gesamtstädtischen Entwicklung benachteiligt sind. Auf Quartiersebene wird daran gearbeitet, die Lebensbedingungen der Bewohnerschaft und deren gesellschaftliche Chancen und Teilhabe zu verbessern. Die Benachteiligungen werden dabei vor allem über sozialstrukturelle Indikatoren und städtebauliche Missstände definiert. Doch verschiedene Untersuchungen zeigen, dass gerade diese Quartiere weiteren Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, die bisher noch wenig konkret erfasst werden. Dazu gehören auch Umweltbelastungen, wie zum Beispiel Lärm durch Ausfallstraßen und Einflugschneisen von Flughäfen, Luftschadstoffe durch starkes Verkehrsaufkommen und thermische Belastungen durch einen hohen Versiegelungsgrad.

Mit dem integrierten Ansatz des Programms Soziale Stadt wird die Überlagerung verschiedener Probleme und Belastungen betrachtet und in integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten werden Lösungsansätze erarbeitet, die in vielfältigen Projekten umgesetzt werden. Dabei bietet auch die Kombination von investiven mit investitionsbegleitenden Maßnahmen, zum Beispiel Bildungs-, Netzwerk- und Kooperationsarbeit, gute Voraussetzungen, den komplexen Problemlagen gerecht zu werden. Die Mittelbündelung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt birgt die Chance, weitere, aufeinander abgestimmte Ressourcen in den Quartieren einzusetzen. Das Programm Soziale Stadt mit seinen Instrumenten hat sich im Umgang mit sozialräumlichen Mehrfachbelastungen bewährt und ist daher geeignet, auch die Zielstellungen der Umweltgerechtigkeit zu verfolgen.

2 Situation in den Programmgebieten: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Seit 1999 werden über das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Quartiere gezielt unterstützt. Die Gebiete zeigen zumeist komplexe Problemlagen in vielen Bereichen wie der Sozial- und Wirtschaftsstruktur, der Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur, dem baulichen Zustand, der Qualität von Wohnungen, dem Wohnumfeld und der Umwelt. Um auf diese Problemlagen zu reagieren und eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil zu erreichen, wurden verschiedene Zielebenen und Handlungsfelder miteinander verknüpft. Das Programm Soziale Stadt mit seinem integrierten Ansatz ist erprobt im Umgang mit sozialräumlichen Mehrfachbelastungen. Aufgrund seiner thematischen Breite und der Zusammenführung verschiedener Handlungsfelder ist das Programm in der Lage, auch verschiedene Maßnahmen, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken, in den Fördergebieten gebündelt umzusetzen.



Bisher war das Ziel der Umweltgerechtigkeit aus dem Forschungszusammenhang kommend wenig präsent in der Umsetzung der Sozialen Stadt. Die in die Bearbeitungszeit des vorliegenden Forschungsprojektes gefallene Fortschreibung der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 gibt dem Ansatz der Umweltgerechtigkeit im Programm Soziale Stadt erstmals ein größeres Gewicht. Der Begriff Umweltgerechtigkeit wurde in Artikel 4 der Verwaltungsvereinbarung aufgenommen. Damit wird ein Fokus auf die Umsetzung von expliziten Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit gelegt.

Auch die am 31. August 2016 vom Bundeskabinett beschlossene "ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt" geht explizit auf Umweltgerechtigkeit ein. Als relevante Themenfelder, in denen entsprechende Maßnahmen gefördert werden können, werden zum Beispiel Freiflächenversorgung, Gesundheitsprävention, Sport- und Bewegungsförderung sowie passiver und aktiver Lärmschutz aufgeführt. Der Beschluss verweist dabei auch ausdrücklich auf die Aufnahme von Umweltgerechtigkeit in die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung.

Neben den für die Städtebauförderung zuständigen Ressorts auf Länderebene sind insbesondere die Umweltministerien zum Thema Umweltgerechtigkeit aktiv geworden. Auf Initiative des Saarlands wurde auf der Bundesumweltministerkonferenz im Juni 2016 ein Beschluss zu den sozialen Aspekten der Umweltpolitik herbeigeführt, der die Notwendigkeit eines integrierten Vorgehens zur Erreichung von mehr Umweltgerechtigkeit betont. Unter Beteiligung der Länder soll ein ressortübergreifendes Gremium einberufen werden, das Leitlinien zur konkreten Umsetzung von mehr Umweltgerechtigkeit erarbeitet. Die positiven Ansätze der Länder und der sonstigen Akteure sollen besondere Berücksichtigung finden. Die Bundesländer sind aufgefordert, eigene Landesprojekte zur Beförderung der Umsetzung auf lokaler Ebene zu entwickeln. Neben dem Saarland hat Nordrhein-Westfalen das Thema Umweltgerechtigkeit bisher konkret aufgegriffen und einen Masterplan Umwelt und Gesundheit erarbeitet, der als integriertes Handlungskonzept für die Aspekte Umwelt, Gesundheit und soziale Lage und als Leitfaden mit Empfehlungen für die kommunale Verwaltung konzipiert ist. In Berlin hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption erstmalig modellhaft eine kleinräumige Analyse der Umweltgerechtigkeit flächendeckend angewendet und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet (siehe Kapitel 3.2).

2.1 Bedeutung in den Ländern und Kommunen

Die Soziale Stadt wird als Bund-Länder-Programm in den einzelnen Bundesländern mit unterschiedlicher Ausrichtung und Schwerpunktsetzung umgesetzt. In einigen Ländern kommen dabei auch ergänzende Fördermittel der Europäischen Union (zum Beispiel EFRE-Förderung in Berlin) beziehungs-

weise aus den Bundesländern selbst (zum Beispiel Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) in Bremen) zum Einsatz. So vergrößern sich die Einsatzmöglichkeiten des Programms und die Fördergegenstände in den Quartieren sind zum Teil erweitert, insbesondere was den Einsatz von sozial-integrativen Fördermitteln betrifft. In diesen Ländern hat das Programm Soziale Stadt mehr Möglichkeiten, die Ziele der Städtebauförderung umzusetzen. Aufgrund der größeren Mittelausstattung und der erweiterten Fördermöglichkeiten sind in diesen Bundesländern auch bessere Ausgangsbedingungen, um die Zielstellungen der Umweltgerechtigkeit in den Blick zu nehmen und Maßnahmen umzusetzen.

Die schriftliche Befragung von Verantwortlichen für das Programm Soziale Stadt in allen Bundesländern ergab, dass die Wahrnehmung des Themas Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten sehr unterschiedlich ist. Zwar ist eindeutig, dass das Programm Soziale Stadt als geeignet und bereits in der Lage angesehen wird, die Zielstellungen der Umweltgerechtigkeit umzusetzen. Entsprechend wird konstatiert, dass bereits Projekte der Sozialen Stadt umgesetzt werden, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken. Als Ziel der Sozialen Stadt wird Umweltgerechtigkeit jedoch nicht gleichermaßen begriffen. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung, der die Zielsetzung der Umweltgerechtigkeit aufgenommen hat, zum Zeitpunkt der Befragung nur teilweise bekannt war. Eine intensive Befassung mit dem Thema war in den Ländern nur wenig erkennbar.

Auf kommunaler Ebene wurden auf Empfehlung der Länder 39 Städte und Gemeinden befragt, ihre Einschätzung zur Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten darzulegen. Für die Mehrheit der Kommunen stellte Umweltgerechtigkeit dabei noch kein Ziel in der Programmumsetzung dar. Dagegen kamen fast alle Kommunen zu der Aussage, dass bereits Projekte der Sozialen Stadt umgesetzt werden, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken.

2.1.1 Begriff Umweltgerechtigkeit

Die Befragung im Rahmen des Forschungsvorhabens stieß auf ein markantes Problem: Der Begriff Umweltgerechtigkeit ist nicht allgemeinverständlich eingeführt und schwer vermittelbar. Weil die Akteure der Stadtentwicklung unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit Unterschiedliches verstehen, können auch ihre Aussagen im Rahmen der Befragung nicht eindeutig beurteilt werden. Während die Anliegen des Umweltschutzes schnell unter dem Begriff subsumiert werden, sind gesundheitsrelevante Aspekte schwieriger mit dem Begriff zu verbinden. Oftmals wird der Begriff nur mit den Anliegen des Umweltschutzes assoziiert.

Die mit dem Begriff Umweltgerechtigkeit verbundenen Zusammenhänge zwischen Umweltqualität, Gesundheit und sozialer Lage sind komplex und erklären sich nur über eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Begriffsbedeutung. Dies erschwert den Umgang mit dem Begriff. Allerdings kann inzwischen auf eine lange Verwendung des Begriffs in der Stadtforschung, in Gutachten und Untersuchungen, zurückgegriffen werden. In der Forschung hat sich dieser Begriff etabliert und ist nun über die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung auch in der Verwaltungspraxis der Städtebauförderung angekommen. Die Bekanntheit des Begriffs auf breiter Ebene steht aber noch aus. In der Politik ist die Verwendung des Begriffs und seiner Inhalte ebenfalls noch in den Anfängen. Aufgrund einer gewissen Sperrigkeit scheint Umweltgerechtigkeit im politischen Raum erklärungsbedürftig. Mit dem Beschluss der Bundesumweltministerkonferenz vom Juni 2016, Umweltgerechtigkeit unter dem Dach eines strategischen Gesamtkonzeptes umzusetzen, ist allerdings ein weiterer Schritt zur politischen Bekanntheit dieses Begriffs getan. Der Übergang des Begriffs Umweltgerechtigkeit und seiner Inhalte aus der Forschung in die Verwaltungspraxis und die Politik ist also im Gange. Angesichts dessen plädieren die Verfasserinnen dieses Berichts dafür, auch weiterhin bei der Begrifflichkeit zu bleiben.

2.1.2 Diskrepanz zwischen impliziter und expliziter Umsetzung

Die Befragungen der Länder und Kommunen zeigen eine Diskrepanz zwischen der impliziten und der expliziten Umsetzung von Zielen und Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit. Während die Hauptaussage der Befragungen ist, dass das Programm Soziale Stadt für das Anliegen der Umweltgerechtigkeit implizit wirkt, werden der Begriff und die einhergehenden komplexen Zielstellungen fast nie explizit genannt. Vielfach werden Projekte umgesetzt, die der Grünflächenversorgung, dem Lärmschutz oder der Klimaanpassung dienen und damit implizit Anliegen der Umweltgerechtigkeit erfüllen. Allerdings bleibt dabei die Komplexität der Zusammenhänge von Umweltqualität, Gesundheit und sozialer Lage meist unerwähnt und ist auch noch nicht überall bekannt. Aktuell werden die mit dem Begriff verbundenen Zielsetzungen in den Ländern und Kommunen eher implizit umgesetzt.

2.1.3 Städtebauliche Entwicklungskonzepte

Zentrales Instrument zur Umsetzung des Förderprogramms Soziale Stadt ist ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept, das in allen Fördergebieten zu erstellen ist. Das Instrument ist damit geeignet, das Thema Umweltgerechtigkeit zu behandeln und Maßnahmen zur Umsetzung aufzunehmen. In der Hälfte der Bundesländer und einem Drittel der befragten Kommunen wird Umweltgerechtigkeit als Vorgabe zur Erstellung der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte in den Programmgebieten benannt. Da keine vergleichende Untersuchung der Ländervorgaben im Rahmen des

vorliegenden Forschungsauftrags stattfand, sind diese Aussagen zu interpretieren. Es wird davon ausgegangen, dass in der Regel keine explizite Nennung des Begriffs Umweltgerechtigkeit in den Vorgaben erfolgt, sondern implizit die Zielsetzungen in den verschiedenen Handlungsfeldern gemeint sind. Insgesamt ist davon auszugehen, dass in vielen Ländern und Kommunen mit den Zielstellungen und Inhalten der Umweltgerechtigkeit im Rahmen der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte umgegangen wird, jedoch auch in indirekter Weise. Mit der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 wird davon ausgegangen, dass die Begrifflichkeit künftig auch Eingang in die Vorgaben der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte finden wird.

2.1.4 Stellenwert der Umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeit beinhaltet in seinem Ansatz zwei große Themenbereiche, nämlich Umwelt und Gesundheit, und heruntergebrochen auf konkrete Handlungsfelder noch wesentlich mehr Themen wie zum Beispiel Freiflächen, Bildung und Klima. Durch die Verknüpfung der genannten Themenbereiche gehört Umweltgerechtigkeit nun zu den Querschnittszielen, die mit der Städtebauförderung verfolgt werden können. Einige Länder gehen auf die Vielfalt der Themen ein mit dem Hinweis, dass verschiedene Ressorts für die Umsetzung der unterschiedlichen Ziele verantwortlich sind. Einige Länder sehen die Zuständigkeit für das Thema Umweltgerechtigkeit vornehmlich beim Umweltressort. Auch die Hälfte der Kommunen verortet das Thema stärker bei den Umweltämtern als bei den für die Städtebauförderung zuständigen Ressorts.

Mit Verweis auf die bis 2015 gültige Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung wird von einigen Ländern herausgestellt, dass soziale Problemlagen und städtebauliche Missstände im Fokus der Sozialen Stadt stehen. Umweltgerechtigkeit, so wird argumentiert, ist daher nachrangig zu sehen. Andererseits wird angeführt, dass über die bestehenden Ziele und den integrierten Ansatz der Sozialen Stadt in den Handlungsfeldern Umwelt und Gesundheit die Themen der Umweltgerechtigkeit bereits implizit verankert sind und keiner weiteren Unterstützung bedürfen. Von einigen Ländern wird kritisch angemerkt, dass mit dem Ziel der Umweltgerechtigkeit eine zusätzliche Aufgabe entsteht, die auch finanzielle und personelle Ressourcen bindet, welche in den Ländern nicht vorhanden sind. Manche Kommunen führen an, dass Umweltgerechtigkeit bei der Umsetzung der Sozialen Stadt in Konkurrenz zu den aus ihrer Sicht dringlicheren, sozialen Problemen stehen könnte.

Wenn es um die Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsaspekten bei der Auswahl und Festlegung von Kulissen der Sozialen Stadt geht, machen die befragten Länder und Kommunen teils widersprüchliche Aussagen. Während die Mehrheit der Länder gesundheitsrelevante Umweltbelastungen und den Zugang zu Umweltressourcen nicht als Kriterium für die Kulissenauswahl

behandeln, spielen Umwelt- und Gesundheitsaspekte bei den befragten Kommunen überwiegend eine Rolle. Einige Länder verweisen zum einen darauf, dass vielfach die Datenbasis fehlt, zum anderen wird auch hier die Nachrangigkeit des Aspekts im Verhältnis zu den sozialen Problemlagen benannt. In einigen Ländern sind jedoch Daten vorhanden und hier werden Aspekte wie Grün- und Freiflächenangebot, Versiegelungsgrad, Immissionen, Lärm- und Abgasbelastung als relevant für die Gebietsauswahl angegeben. In manchen Kommunen wird darauf verwiesen, dass Umwelt- und Gesundheitsaspekte wesentliche Bestandteile gesunder Wohn- und Lebensbedingungen sind. In die Gebietsauswahl fließen auch weitere Themenfelder wie Bildung, Migration, Verkehr, Grünflächenversorgung, Wohnraum und Wohnumfeld mit ein. In München spielen im referatsübergreifenden Auswahlprozess sogar ausdrücklich Mehrfachbelastungen durch die soziale Lage, Umweltbedingungen und die gesundheitliche Situation eine wichtige Rolle.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass aufgrund der Begriffsproblematik der Stellenwert der Umweltgerechtigkeit nicht eindeutig zu interpretieren ist. In der Zusammenschau der Befragungsergebnisse überwiegen jedoch Aussagen aus den Ländern und Kommunen, die der Umweltgerechtigkeit im Zielkanon der Sozialen Stadt einen eher nachrangigen Stellenwert beimessen. Für die Umsetzung von Umweltgerechtigkeit im Rahmen der Sozialen Stadt kann das als Hemmnis gesehen werden.

2.1.5 Perspektiven

Für die Verankerung des Themas Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt ist es zentral, die Kenntnis des Begriffs zu erhöhen. In der öffentlichen Wahrnehmung und auch bei den Akteuren der Stadtentwicklung in den Ländern und Kommunen ist der Begriff wenig verankert. Die Aufnahme des Begriffs in die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 wird eine Beschäftigung mit dem Ansatz in den Ländern befördern und kann so auch zu einer stärkeren expliziten Umsetzung der Umweltgerechtigkeit führen.



Dennoch bleibt zu beachten, dass die Mehrheit der Bundesländer eine künftig größere Bedeutung des Themas Umweltgerechtigkeit kritisch sieht. Dabei wird wiederum darauf verwiesen, dass der integrierte Ansatz des Programms Soziale Stadt die Zielsetzungen der Umweltgerechtigkeit bereits implizit beinhaltet und das Thema somit keiner weiteren Hervorhebung bedarf.

Die Mehrheit der befragten Kommunen spricht sich dagegen für einen höheren Stellenwert der Umweltgerechtigkeit in der Programmsetzung aus. Begründet wird dies mit den in den Programmgebieten vorhandenen Mehrfachbelastungen und den daher bestehenden Bedarfen für Maßnahmenpakete zu Umwelt und Gesundheit. Die sozial benachteiligten Quartiere sind in der Regel erhöhten Lärm- und Schadstoffbelastungen ausgesetzt, haben hohe Defizite im Zugang zu Frei- und Naherholungsflächen sowie aufgrund von Ernährungs- und Bewegungsdefiziten eine deutlich schlechtere Gesundheitssituation der Bewohnerschaft. In den benachteiligten Gebieten, so wird argumentiert, ist die politische und zivilgesellschaftliche Interessensvertretung oftmals wenig ausgeprägt. Daher bestehen dort schlechtere Ausgangsbedingungen, um mehr Umweltgerechtigkeit für die Bevölkerung einzufordern. Über einen höheren Stellenwert und ein explizites Aufgreifen der Zielsetzungen der Umweltgerechtigkeit wird auch Unterstützung für eine direkte Förderung von Maßnahmen sowie zur Bündelung von Fördermitteln anderer Ressorts für Umweltgerechtigkeit erwartet. Mehrere der befragten Kommunen fordern, dass mit einem stärkeren Fokus auf Umweltgerechtigkeit im Sinne nachhaltiger Projektansätze auch eine Kombination von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen förderfähig werden sollte und nicht zuletzt, dass das Thema besser kommuniziert wird.

2.2 Handlungsfelder

Umweltgerechtigkeit erfordert ein integriertes Denken und Handeln, denn es gilt, dem Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage gerecht zu werden. Gerade der integrierte Programmansatz der Sozialen Stadt bietet gute Voraussetzungen, die für Umweltgerechtigkeit relevanten Handlungsfelder zusammenzuführen und Mittel für Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit zu bündeln.

Es gibt nicht das eine Handlungsfeld für Umweltgerechtigkeit. Zielführende Maßnahmen können in verschiedenen Feldern verortet sein. Nahezu alle Handlungsfelder der Sozialen Stadt scheinen geeignet, der Definition für Umweltgerechtigkeit folgend, Beiträge zur Reduzierung, Vermeidung und Kompensation von Umweltbelastungen zu leisten oder zu einem sozial gerechteren Zugang zu Umweltressourcen beizutragen - direkt oder indirekt. Fördermittel der Sozialen Stadt kommen dabei vor allem in den Handlungs-

feldern Grünflächenverbesserung, Bildung, Gesundheitsförderung und Beteiligung zum Einsatz. In anderen für Umweltgerechtigkeit wichtigen Handlungsfeldern kann das Förderprogramm flankierend Einfluss nehmen und durch Mittelbündelung unterstützen.



Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

2.2.1 Grünflächenverbesserung

Die meisten der über 100 im Forschungsvorhaben recherchierten Projektbeispiele sind dem Handlungsfeld Grünflächenverbesserung/-versorgung zuzuordnen. Ebenso sehen die im Forschungsprojekt befragten Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Stadt in Ländern und Kommunen die Neuanlage und Verbesserung von Grün- und Freiflächen als wichtigstes Handlungsfeld für Umweltgerechtigkeit im Rahmen der Sozialen Stadt. Entsprechende Maßnahmen qualifizieren bestehende Freiflächen oder schaffen ganz neue wohnortnahe Grün- und Erholungsräume. Den Bewohnerinnen und Bewohnern in den betreffenden benachteiligten Stadtquartieren verschafft oder verbessert dies den Zugang zu Grünflächen als Umweltressource und ermöglicht ihnen gleichzeitig Bewegung und Aufenthalt im Freien. In dieses Handlungsfeld gehören Gemeinschaftsgärten, Projekte der urbanen Landwirtschaft, umfassende Flächenkonversionen und Freiraumkonzepte durch die Neuanlage von städtischen Grünflächen werden zudem stadtklimatische und gesundheitsrelevante thermische Belastungen verringert. Fünf der dreizehn ausgewählten und in der Publikation "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" (BMUB 2016) portraitierten guten Praxisbeispiele repräsentieren dieses Handlungsfeld.

2.2.2 Bildung

Bildung wird als ein weiteres Handlungsfeld der Sozialen Stadt von vielen Kommunen als wichtig und geeignet für Maßnahmen im Sinne der Umweltgerechtigkeit genannt, insbesondere die Gesundheits- und Umweltbildung. Diese Einschätzung bestätigt sich sowohl durch die Beispielrecherche im Forschungsvorhaben als auch durch einschlägige Literatur zur Umweltgerechtigkeit (Jumpertz 2012). Von besonderer Bedeutung in diesem Handlungsfeld sind sozial-integrative Maßnahmen. Diese jedoch sind in den meisten Bundesländern über das Programm Soziale Stadt nicht förderfähig. Doch die Soziale Stadt kann auch hierbei durch Mittelbündelung und begleitende Maßnahmen einen weiteren Beitrag zur Umweltgerechtigkeit leisten. Zum Beispiel können Stiftungen oder Unternehmen sowie andere Förderprogramme die nötigen Mittel für flankierende Bildungsprojekte beibringen. Akquisekompetenzen der Quartiersmanagements sind dabei von besonderer Bedeutung.

2.2.3 Gesundheitsförderung

Im Handlungsfeld Gesundheitsförderung kann die Soziale Stadt im Sinne der Umweltgerechtigkeit neben der Vermittlung zur Vermeidung von Umweltbelastungen vor allem kompensierend wirken. Das heißt, dass sich gesundheitsfördernde Maßnahmen nicht direkt mit der Reduzierung von bestimmten Umweltbelastungen, also externen Verhältnissen beschäftigen. Sie setzen vielmehr daran an, die ganzheitliche Gesundheitssituation der Bewohnerinnen und Bewohner in mehrfach belasteten Gebieten durch verschiedene Maßnahmen zu verbessern, auch im Hinblick auf das eigene Verhalten. Beispiele sind Bewegungsparcours im Freien, Schatteninseln im Quartier oder Kurse zu gesunder Ernährung. Auch lokale Netzwerke zur Gesundheitsförderung können zuträgliche Maßnahmen in diesem Sinne darstellen. Ähnlich wie im Handlungsfeld Bildung, können hier durch Bündelung von Mitteln aus anderen Quellen und durch die Gewinnung neuer Akteure Maßnahmen der Sozialen Stadt sinnvoll ergänzt werden. Das Engagement von Krankenkassen ist dafür ein Beispiel.

2.2.4 Wohnen und Verkehr

Auf die Frage nach den wichtigsten Handlungsfeldern für Umweltgerechtigkeit verteilen Länder und Kommunen insgesamt die Handlungsfelder Wohnen und Verkehrsberuhigung/-lenkung gleich nach Grünflächenverbesserung auf die Plätze zwei und drei. Die Soziale Stadt kann auch hier und zwar durch ihre Stärke der Bündelung von Mitteln und Maßnahmen Einfluss nehmen.

Im Rahmen des Programms kann es nur im Einzelfall gelingen, die Verkehrssituation auf Quartiersebene zu verändern, etwa durch die Initiierung und Umsetzung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Im Wohnungsbau kann

die Soziale Stadt im Wesentlichen begleitende Maßnahmen umsetzen. Umfassende Vorhaben in diesen Bereichen sind meist sehr kostenintensiv und großräumiger angelegt. Sie werden maßgeblich durch andere Programme der Städtebauförderung und durch das Verkehrsressort realisiert. Hier sind in erster Linie andere Akteure gefragt, die zumeist über die Quartiersebene hinaus planen und agieren. Und die Politik. Doch das Programm kann unterstützend wirken. Zu den zentralen Aufgaben und auch Stärken des Programms gehört, Handlungsbedarf in den Quartieren festzustellen, Maßnahmen daraus abzuleiten, Kooperationspartner zu gewinnen und Mittel zu bündeln. Hingewiesen wird auch auf übergeordneten und auf die Quartiersebene wirkenden Handlungsbedarf und adressiert werden entsprechende Akteure. In den Quartieren kooperieren diejenigen miteinander, die auch auf anderen Ebenen Einfluss auf eine umweltgerechte Quartiersentwicklung nehmen können: kommunale Wohnungsbauunternehmen, Verkehrsämter sowie Umweltinitiativen und engagierte Bewohnerinnen und Bewohner, die beispielsweise politischen Druck ausüben können. Ein häufiges und niedrigschwelliges Beispiel sind Elterninitiativen und Schulkinder, die erfolgreich verkehrsberuhigende Maßnahmen auf dem Schulweg erkämpfen. Quartiersmanagements können mittelbar auch in den benannten nicht Programm immanenten Handlungsfeldern durch ihre Kernkompetenzen etwa in der Vernetzung und Vermittlung, durch Öffentlichkeitsarbeit und Empowerment unterstützen.

2.2.5 Beteiligung als Querschnittsthema

Im Handlungsfeld Beteiligung kann das Förderprogramm vor allem wichtige flankierende Beiträge zur Umweltgerechtigkeit leisten. Über die Beteiligung der Bewohnerschaft und Akteure vor Ort fließen wichtige Informationen zu Bedarfen ein. Auch für die Akzeptanz und schließlich für die nachhaltige Wirkung von Maßnahmen spielt Beteiligung eine wichtige Rolle. Anschaulich wird dies zum Beispiel im Rahmen groß angelegter Freiraumkonzepte. Entsprechende Maßnahmen umfassen meist längere Planungs- und Umsetzungszeiträume. Sie sind zudem oft mit erheblichen baulichen Aktivitäten verbunden, die im Quartier zu Einschränkungen führen können, etwa durch zusätzliche Lärm- oder Staubbelastungen. Die betroffene Bewohnerschaft hier frühzeitig in die Prozesse einzubinden und zu informieren, kann zum einen die Akzeptanzchancen der Maßnahmen erhöhen und außerdem bürgerschaftliches Engagement zum Beispiel für Pflege und Gestaltung oder für Nutzungsangebote wie Sport oder gärtnerische Aktivitäten generieren. Durch Beteiligung kann die nachhaltige Wirkung von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit also beeinflusst werden. Für die nötige Kommunikations-, Aktivierungs- und Vernetzungsarbeit in Beteiligungsprozessen sind die Quartiersmanagement Schlüsselakteure.

2.2.6 Weitere Themen für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Im internationalen Kontext haben die Handlungsfelder Abfall, Boden- und Wasserqualität oder Umweltschutz eine große Bedeutung für Umweltgerechtigkeit. Keines der recherchierten Beispiele im Forschungsprojekt war explizit diesen Handlungsfeldern zuzuordnen. Zunächst ist das nicht verwunderlich, spielen doch in hiesigen urbanen Räumen entsprechende Problematiken keine vordringliche Rolle. Die Qualität von Umweltressourcen wie Wasser oder Böden wird klar gesetzlich geregelt und kontrolliert. Und doch streifen einige Beispiele aus dem Forschungsvorhaben diese Themen, wie die Renaturierung eines Gewässers oder die Aufnahme von Umweltschutzziele in Stadtentwicklungsmaßnahmen.

Müllvermeidung, -trennung und -entsorgung sind Themen, die Wohnungsbaugesellschaften beschäftigen, zumeist aus Kostengründen. Doch im Kontext der Umweltgerechtigkeit betrachtet, sollten sie mindestens ebenso an Bedeutung gewinnen, denn Müll geht auch mit Geruchsbelästigungen einher und er kann, zum Beispiel durch angelocktes Ungeziefer, zu gesundheitlichen Schäden der Anwohnerinnen und Anwohner führen.

Umweltschutz gehört nicht explizit zu den Handlungsfeldern der Sozialen Stadt. Doch es gibt viele Aktivitäten, die wechselseitig positiv wirken können. Gelingt es im Zuge von Klimaschutzaktionen den CO₂-Ausstoß etwa durch weniger motorisierten Verkehr zu verringern, wird auch die gesundheitsrelevante Feinstaubbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner in den betroffenen Gebieten reduziert. Gezielte Begrünungsmaßnahmen gegen Lärm oder Entsiegelung von Hitzeinseln im Quartier können auch im Sinne des Umweltschutzes zielführend sein. Diese Wechselwirkungen sollten gezielt zu weiteren fruchtbaren Maßnahmenbündeln in Gebieten der Sozialen Stadt anregen und können weitere Akteure dafür einbinden.

2.2.7 Ein Fazit: Handeln für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Handeln für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt heißt letztlich die Gebietskulissen und auch die im Rahmen von städtebaulichen Entwicklungskonzepten beschriebenen Projekte in allen Handlungsfeldern auch durch die Brille der Umweltgerechtigkeit zu betrachten und entsprechende Maßnahmen - explizit oder flankierend - in die Handlungskonzepte einzubinden und umzusetzen.

Im Forschungsprojekt wird deutlich, dass die meisten Akteure den Ansatz der Umweltgerechtigkeit als querschnittsorientiert verstehen und eine Umsetzung

der Ziele über Maßnahmen aus verschiedenen Handlungsfeldern sinnvoll ist. Maßnahmenbündel und Mehrzielprojekte, wie sie für die Soziale Stadt typisch und vielfach erprobt sind, eignen sich also auch, um Umweltgerechtigkeit zu verfolgen. Ebenso unterstützt der strategische Ansatz der Mittelbündelung im Programm Soziale Stadt die Finanzierung von Maßnahmen, die durch das Programm allein nicht realisiert werden könnten.

Umweltgerechtigkeit ist nicht einem Handlungsfeld der Sozialen Stadt zuzuordnen und sollte auch kein Handlungsfeld für sich sein. Umweltgerechtigkeit sollte vielmehr als eine neue Brille angewandt werden, um in allen Handlungsfeldern der Sozialen Stadt Gesundheits- und Umweltaspekte stärker in den Blick zu nehmen und Maßnahmen an der Schnittstelle von Gesundheit, Umwelt und sozialer Lage zu entwickeln.

2.3 Maßnahmen und Wirkungen

Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, dass räumlich konzentrierte gesundheitsrelevante Umweltbelastungen vermieden, reduziert oder kompensiert werden und die für die Bewohnerinnen und Bewohner in den betroffenen Quartieren neue Zugänge zu Umweltressourcen schaffen oder erleichtern, wirken im Sinne der Umweltgerechtigkeit. Bislang geschieht dies in den seltensten Fällen explizit unter der Zielsetzung Umweltgerechtigkeit. Im vorangegangenen Kapitel wurde beschrieben, in welchen Handlungsfeldern der Sozialen Stadt und darüber hinaus Maßnahmen vor allem verortet sind.

2.3.1 Gute Praxis zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

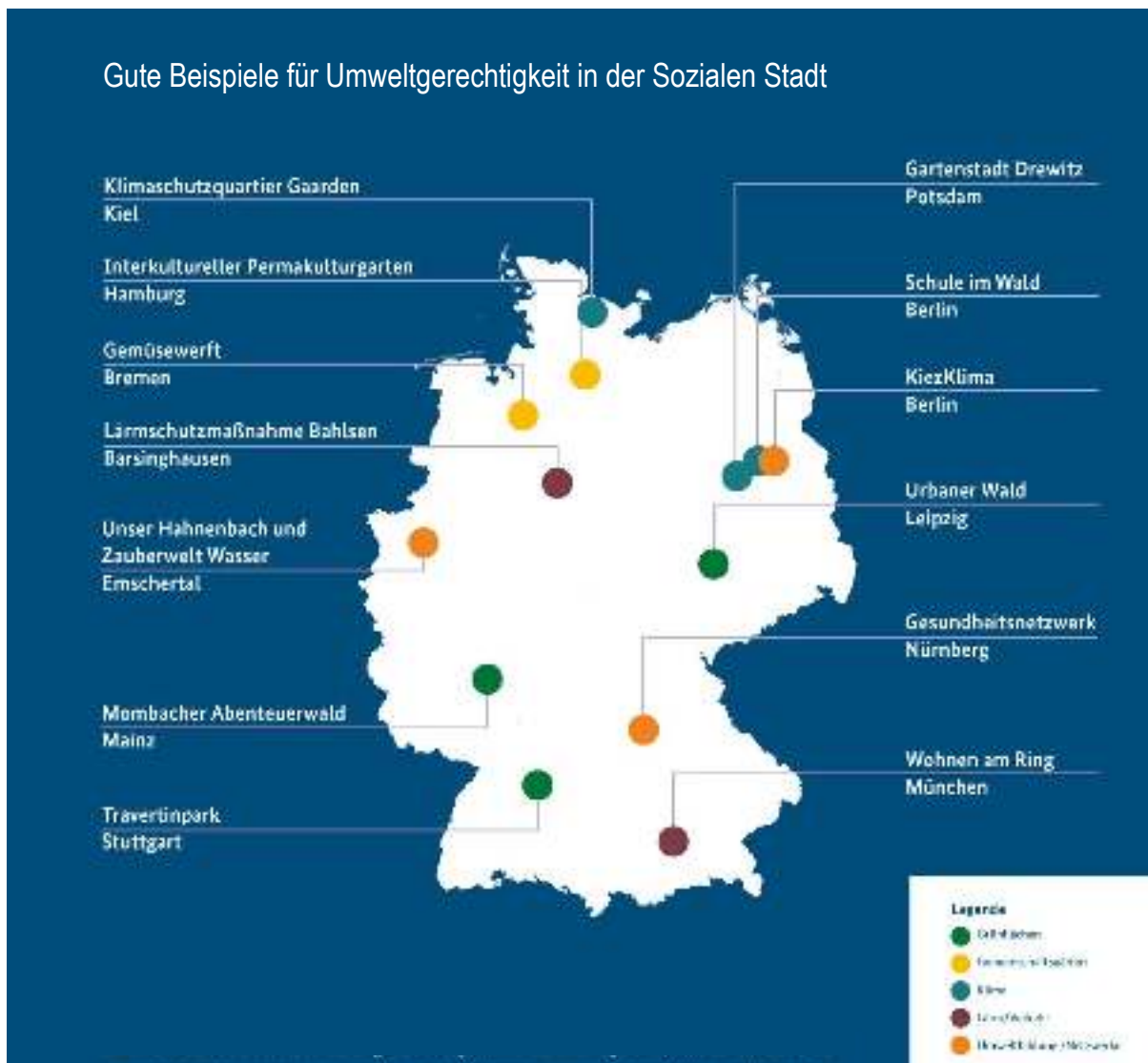
Die im Forschungsprojekt erfolgte bundesweite Recherche nach geeigneten Praxisbeispielen zur Umweltgerechtigkeit in Gebieten der Sozialen Stadt orientierte sich an der oben beschriebenen inhaltlichen Anforderung. Sie speiste sich aus der Befragung von Ländern und Kommunen, aus der kombinierten Schlagwortauswertung der Datenbanken Elektronisches Monitoring (eMo) und elektronische Begleitinformationen (eBi) sowie aus freier Recherche in Literatur und im Internet. Umweltgerechtigkeit wird als Begriff dabei selten explizit verwendet. Für die Projektbeschreibungen mussten die Aussagen also in Bezug auf Umweltgerechtigkeit interpretiert werden.

Aus den bundesweit über 100 recherchierten Projektbeispielen wurden letztendlich 13 für die Publikation "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" (BMUB 2016) ausgewählt. Neben ihren vielfältigen Beiträgen zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Stadtentwicklung zeigen sie in den Themenfeldern Grünflächen, Gemeinschaftsgärten, Klima, Lärm/Verkehr sowie Umweltbildung/Netzwerke, wie Umweltgerechtigkeit als Zielstellung vor Ort gezielt oder eher implizit aufgegriffen und verfolgt werden kann. Die Beispiele bilden

eine Vielfalt hinsichtlich der räumlichen Verortung, der Gebietscharakteristik, des Projektumfangs und der Akteurskonstellation ab.



Nachfolgend sind die 13 ausgewählten Praxisbeispiele kartografisch verortet und kurz vorgestellt.



Quelle: Datenbasis: Laufende Raumeobachtung des BBSR, geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2014, Bearbeitung: N. Körner-Blätgen, ergänzende Bearbeitung: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Urbaner Wald Schönauer Holz, Leipzig

Programmgebiet Soziale Stadt: Grünau

Nach Abriss eines großen Plattenbaukomplexes im Stadtteil Grünau wurde eine Freifläche von 5,5 Hektar mit Forstpflanzen zu einem Urbanen Wald entwickelt. Die kleinen Setzlinge werden später einen abwechslungsreichen, mittelhohen Wald bilden, der als Kaltluftschneise im Anpassungsprozess an den Klimawandel dient. Das Stadtforstamt wird die Bewirtschaftung des Waldes übernehmen, der auch Aufenthalts- und Spielbereiche umfasst.

Mombacher Abenteuerwald, Mainz

Programmgebiet Soziale Stadt: Mombach

Der Mombacher Abenteuerwald ist ein Spiel- und Erholungsort für die Quartiersbevölkerung in einem von angrenzender Industrie geprägten und belasteten Quartier. Die 4.000 Quadratmeter große Fläche bietet gleichermaßen Erholung und Rückzug wie auch die Möglichkeit des Spielens und der Naturerfahrung für unterschiedliche Zielgruppen. Herausragend in diesem Projekt ist das umfassende Engagement von Zivilgesellschaft und den kooperierenden Ämtern für den Erhalt und die Qualifizierung dieses raren Frei- und Grünraums im Stadtteil.

Travertinpark, Stuttgart

Programmgebiet Soziale Stadt: Hallschlag

In dem nicht nur sozial benachteiligten, sondern auch räumlich lange Zeit abgeschnittenen Stuttgarter Quartier sind durch die Umwandlung eines Steinbruches in einen öffentlichen Park ein neuer Zugang für die Bevölkerung zu einem Naturerfahrungs-, Bewegungs- und Erholungsraum sowie räumliche Verbindungen zwischen den Stadtteilen und zur Innenstadt entstanden. Der Travertinpark ist wesentlicher Bestandteil eines Freiraumkonzeptes für den Stadtteil, das mit umfassender Beteiligung erfolgreich umgesetzt wurde.

Interkultureller Permakulturgarten Langenhorn, Hamburg

Programmgebiet Soziale Stadt: Essener Straße, Langenhorn

Der Interkulturelle Permakulturgarten (InPeLa) wurde als Gemeinschaftsgarten ausgehend von einer Stadtteil-Gesundheitskonferenz entwickelt. Ihm liegt ein umfassendes Verständnis von Gesundheitsförderung zugrunde, das nicht nur die körperliche, sondern auch die seelische und soziale Gesundheit im Blick hat. Der Ort dient neben der gemeinschaftlichen Betätigung an der Luft und dem Anbau von Nahrungsmitteln auch der Gemeinschaftsbildung und Integration.

Gemüsewerft, Bremen

Programmgebiet Soziale Stadt: Gröpelingen

Das Projekt verbindet urbane Landwirtschaft, gemeinsames Gärtnern, Inklusion und lokale Ökonomie miteinander. Mit der Anlage der Gemüsewerft wurde eine Brache in dem verdichteten Stadtteil für die Bevölkerung zur gemeinsamen Gestaltung und gärtnerischen Bewirtschaftung nutzbar und zugänglich gemacht.

Klimaschutzquartier Gaarden, Kiel

Programmgebiet Soziale Stadt: Kieler Ostufer und Gaarden

Aufbauend auf die Bündelungserfolge der Sozialen Stadt wurde der Stadtteil Gaarden zum ersten Kieler Klimaschutzquartier weiterentwickelt und stützt sich dabei auf ein breites Netzwerk der wesentlichen Akteure. Herausragend in Gaarden ist zudem das Projekt des Sport- und Begegnungsparks. Ein schwer zugängliches 37 Hektar großes Areal wurde mit einem neuen Wegenetz und attraktiven Eingangsbereichen für die Bevölkerung erschlossen und mit einer Vielzahl von niedrigschwelligen Sport- und Begegnungsangeboten für verschiedene Zielgruppen ausgestattet, die von einer städtischen Koordinatorin organisiert werden.

KiezKlima, Berlin

Programmgebiet Soziale Stadt: Brunnenviertel-Brunnenstraße

Partizipation ist der Schlüssel für die Beschäftigung mit Klimaanpassung in diesem Projekt. Auf Quartiersebene geht es darum, die Bevölkerung für gesundheitsrelevante Auswirkungen des Klimawandels zu sensibilisieren und gemeinsam mit ihnen Maßnahmen zu entwickeln, die eine Reduzierung beziehungsweise Vermeidung von Belastungen erwirken können. Dies beinhaltet zum Beispiel Klimaspaziergänge, die Schaffung von Kühleinseln im Quartier, Begrünung oder die Betreuung von Klimastationen durch Kitas.

Gartenstadt Drewitz, Potsdam

Programmgebiet Soziale Stadt: Potsdam Stern / Drewitz

Mit breiter Beteiligung über ein Werkstattverfahren wurde der Masterplan für die Plattenbausiedlung Drewitz entwickelt. Kernstück dabei ist der Rückbau der überdimensionierten und Lärmbelastung erzeugenden Durchgangsstraße. Stattdessen wurde ein Stadtteilpark für die Bevölkerung des Quartiers geschaffen, der vielfältige Spiel- und Aufenthaltsbereiche aufweist und das Mikroklima verbessert. Mit seinem Energie- und Klimaschutzkonzept ist Drewitz auf dem Weg zu einem grünen und emissionsfreien Stadtteil.

Lärmschutzmaßnahme Bahlsen, Barsinghausen

Programmgebiet Soziale Stadt: Goethestraße-Bahlsen

Um die Lärmbelastung im angrenzenden Wohnquartier zu verringern, wurden der Mitarbeiterparkplatz und die Zufahrt der Firma Bahlsen verlegt. Auf der Fläche des ehemaligen Parkplatzes entsteht nun ein Stadtteilpark mit Spiel- und Aufenthaltsbereichen sowie Skateranlage für Jugendliche. Damit wird für die Anwohnerinnen und Anwohner eine neue Grün- und Freifläche geschaffen.

Wohnen am Ring, München

Programmgebiet Soziale Stadt: Innsbrucker Ring / Baumkirchner Straße

Über das kommunale Zuschussprogramm "Wohnen am Ring" werden Lärmschutzmaßnahmen entlang des stark von Verkehrslärm belasteten Mittleren Rings ermöglicht. Durch Ergänzungsbauten entlang der Straße entstanden ruhige Hofbereiche zwischen bestehenden Zeilenbauten und mit baulichen Maßnahmen an den Gebäuden konnte die Lärmbelastung in den Wohnungen verringert werden. Über transparente Lärmschutzwände gelang es auch, Grünflächen für die Bewohnerschaft zu qualifizieren.

Schule im Wald®, Berlin

Programmgebiet Soziale Stadt: drei Soziale-Stadt-Gebiete in Berlin-Neukölln und Berlin-Mitte

Im Mittelpunkt dieses Projektes steht der Zugang zu Naturerlebnissen für Kinder aus stark verdichteten Stadtquartieren. Grundlegend ist hierbei die Erkenntnis, dass sich ein Mangel an Naturerfahrungen negativ auf die Gesundheit und Persönlichkeitsentwicklung auswirkt. Da es in den Quartieren aufgrund der baulichen Dichte schwer möglich ist, Grün- und Naturerfahrungsräume neu zu schaffen, bringt das Projekt die Kinder in den Wald.

Unser Hahnenbach & Zauberwelt Wasser, Emschertal

Programmgebiet Soziale Stadt: Gladbeck Brauck

Aus einem Abwasserkanal, der für den Stadtteil mit Geruchsbelastungen verbunden war und als physische Barriere wirkte, ist im Zuge des Umbaus des Flusses Emscher ein naturnaher Bach mit hoher Identitätswirkung und Erholungsqualität geworden. Im Zuge dieser Maßnahme wurde durch Pädagoginnen und Pädagogen aus angrenzenden Stadtteilen auch eine umfassende Lehrmaterialsammlung für Schulen und Kitas entwickelt - die Zauberwelt Wasser. Das Besondere im Projekt ist die Verknüpfung des überregionalen Vorhabens Flussumbau mit lokaler Quartiersarbeit.

Gesundheitsnetzwerk, Nürnberg

Programmgebiet Soziale Stadt: St. Leonhard / Schweinau

Um die Gesundheitssituation insbesondere der Kinder und Jugendlichen in dem stark verdichteten und mit wenig Grün- und Freiflächen ausgestatteten Quartier zu verbessern, wurde ein Gesundheitsnetzwerk aufgebaut, an dem sich viele Kitas, Schulen und soziale Einrichtungen beteiligen. Mit Hilfe der Techniker Krankenkasse konnte ein Verfügungsfonds für Gesundheitsprojekte eingerichtet werden, der Mikroprojekte zum gemeinsamen Gärtnern, zu gesunder Ernährung und Bewegungsförderung finanziert.

2.3.2 Wirkung von Maßnahmen

Zwar ist die Reduzierung einiger gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen wie etwa Lärm oder Feinstaub messbar und auch die Anzahl oder Größe neu geschaffener Grünräume lassen sich beziffern. Eine eindeutige quantitative Beurteilung der Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit beinhaltet jedoch einige Schwierigkeiten. Erfolgreich wären entsprechende Maßnahmen dann, wenn sie nachweislich zu einer Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bewohnerschaft in den betroffenen Gebieten beitragen. Die Einflussfaktoren auf unsere Gesundheit sind jedoch vielfältig, ihr Zusammenspiel hochkomplex. Es ist schwierig, dabei die verhältnisbedingten (Einwirkung von außen, z. B. Umweltverschmutzung) und verhaltensbedingten (durch eigenes Verhalten bestimmt) Ursachen voneinander zu unterscheiden. Auch die individuelle Vulnerabilität spielt eine große Rolle. Diese umfasst die verfügbaren Fähigkeiten und Ressourcen (zum Beispiel Einkommen und Bildung), die den externen Einfluss kompensieren oder abschwächen können sowie Vorbelastungen (Köckler, Hornberg, 2012). Eindeutige Wirkzusammenhänge zwischen der Verbesserung oder Verschlechterung der individuellen Gesundheitssituation und einer bestimmten veränderten Umweltbelastung isoliert von anderen Einflüssen festzustellen, ist daher sehr schwierig. Zudem würde es das Vorhandensein entsprechender Sozialraumbezogener und miteinander kompatibler Umwelt-, Gesundheits- und Sozialdaten voraussetzen. Auf diesen Aspekt geht Kapitel 3 ausführlicher ein.

Hinzu kommt der Faktor Zeit. Messbare Verbesserungen von Umweltbelastungen und deren Auswirkungen auf die Gesundheitssituation halten sich nicht an begrenzte Förderzeiträume, sondern können sich erst nach deutlich längeren Zeiträumen niederschlagen. Diese Zusammenhänge verweisen auch auf weiteren Forschungsbedarf zum Thema (siehe Kapitel 4). Dabei geht es nicht nur um Erkenntnisgewinn und entsprechend abzuleitende Handlungserfordernisse für Umweltgerechtigkeit. Die Kraft der Zahlen ist auch zuträglich für eine weiterhin nötige Lobbyarbeit für das Anliegen einer sozial gerechten Gesellschaft.

Qualitativ hingegen lassen sich im Rahmen des Forschungsvorhabens Aussagen zur Wirkung von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit festhalten. Maßgebliche Quellen dafür sind Angaben aus Projektbeschreibungen im Rahmen der bundesweiten Beispielrecherche, in erster Linie aber die Projektbesichtigungen und die tiefergehenden Aussagen der interviewten Akteure aus den 13 portraitierten Projektbeispielen.

Alle beschriebenen Projekte wirken für Umweltgerechtigkeit. Sie verringern zum Beispiel Umweltbelastungen oder schaffen Zugang zu Umweltressourcen. Selten ist dabei Umweltgerechtigkeit ein ausgesprochenes Hauptanliegen. Die positiven Wirkungen sind vielmehr implizit. Allen Projekten gemein

ist, dass sie ganz vielfältige Effekte in unterschiedlichen Zielrichtungen haben. Sie befördern Teilhabe und Selbstorganisation von Akteuren und vernetzen sie, sie haben integrierende Wirkung im Quartier, sie verbessern ressortübergreifende Zusammenarbeit und fordern diese ein, sie fördern Bildung und Gesundheit oder sie verschönern das Wohnumfeld.

Lärm kann krankmachen, zum Beispiel zu dauerhaften Schädigungen des Gehörs führen und das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen (Umweltbundesamt, 2015). Verkehrslärm geht zudem oft mit einer erhöhten Gesundheitsbelastung durch Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickoxide einher. Dauerhaftem Lärm, etwa an stark befahrenen Straßen, sind häufig Menschen in sozial benachteiligten Quartieren ausgesetzt. Die Beispiele aus München und Barsinghausen zeigen Maßnahmen auf, die nicht nur die gesundheitsrelevanten Belastungen reduzieren, sondern darüber hinaus die wahrgenommene Lebensqualität, zum Beispiel durch Nutzung qualifizierter Außenräume, verbessern.

Umweltbildung und Gesundheitsförderung wirken vor allem kompensierend bezüglich Umweltbelastungen und befähigen die Betroffenen, sich für ihre Interessen einzusetzen. Das zeigt zum Beispiel das Berliner Projekt Schule im Wald®, das Stadtkindern Erfahrungen im Wald ermöglicht - Erlebnisse, die sie in ihren hochverdichteten Wohnquartieren nicht haben können. Das Projekt sensibilisiert von klein auf für Umweltgerechtigkeit. Oftmals überreden die Kinder ihre Eltern, öfter mit ihnen in den Wald zu gehen und verschaffen somit als Multiplikatoren noch mehr Menschen den gesundheitsfördernden Zugang zu Natur und Bewegung. Die Förderung von gesunder Ernährung, Thema zum Beispiel im Gemeinschaftsgarten in Hamburg oder im Gesundheitsnetzwerk Nürnberg, kann zu mehr Gesundheitsbewusstsein führen, für Defizite und Belastungen sensibilisieren. Das regt nicht nur zu eigenen Verhaltensänderungen an, sondern kann auch Engagement und Mitgestaltung in anderen Bereichen erzeugen. Diese befähigende Wirkung ist für Umweltgerechtigkeit von Bedeutung, denn, so formulierte es Prof. Dr. Heike Köckler auf dem bundesweiten Kongress, "Für eine gerechte Verteilung von Umweltbelastungen ist auch relevant, wer sich Gehör zu verschaffen vermag und die nötigen Mittel und Möglichkeiten besitzt und nutzt, um für sein Recht zu kämpfen."

Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit können auch räumlich aufwertend wirken, was Mietsteigerungen und Verdrängungseffekte zur Folge haben kann. Dieser Zusammenhang sollte mitgedacht werden. Im Projekt Klimaschutzquartier Kiel-Gaarden zum Beispiel hat man sich ganz explizit das Ziel gesteckt, klimagerechten Wohnungsbau umzusetzen, ohne dass die bestehende Mieterschaft in Folge der entsprechenden baulichen Maßnahmen verdrängt wird. Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit muss langfristig für

die sozial benachteiligte Bewohnerschaft wirken können und deren Bedarf an bezahlbarem Wohnraum berücksichtigen.

2.4 Finanzierung und Mittelbündelung

2.4.1 Finanzierung

In der Untersuchung wurde festgestellt, dass viele Projekte in der Sozialen Stadt durchgeführt werden, die zur Umweltgerechtigkeit beitragen. Sie verfolgen dabei verschiedene Zielsetzungen, jedoch nicht explizit die Umweltgerechtigkeit und sind verschiedenen Handlungsfeldern zugeordnet. Entsprechend erfolgt in den Bundesländern und Kommunen keine ausdrückliche Erfassung von Projekten zur Umweltgerechtigkeit und daher ist eine separate Ermittlung der Kosten für Umweltgerechtigkeit nicht möglich. Um sich dennoch der Frage der Kosten von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit zu nähern, wurden die befragten Länder gebeten, eine Einschätzung zum ungefähren Anteil dieser Kosten an den Gesamtkosten der Fördermaßnahmen der Sozialen Stadt vorzunehmen. Im Ergebnis wurden von den Ländern sehr unterschiedliche Einschätzungen vorgenommen. Während einige Länder nur einen geringen Anteil von bis zu 10 Prozent der Kosten bei Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit sehen, geben andere bis zu 50 Prozent an. Damit reicht das Spektrum von einer geringen Bedeutung von durchgeführten Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit bis zu einem wesentlichen Anteil und einer entsprechend hohen Bedeutung.



2.4.2 Mittelbündelung

Zur Bündelung von Mitteln lassen sich hingegen einige verlässliche Aussagen treffen. Um Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit umzusetzen, werden in den Programmgebieten Mittel der Sozialen Stadt mit anderen Fördermitteln gebündelt. Dreiviertel der befragten Kommunen gaben an, weitere Fördermittel dafür einzusetzen. Deutlich wird, dass ein Fördermix notwendig ist, um Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten der Sozialen Stadt umzusetzen. Dies entspricht der Philosophie des Programms, die eine Bündelung von Mitteln vorsieht, um benachteiligte Stadtquartiere zu stabilisieren. Das Spektrum der eingesetzten Fördermittel, das über die Befragungen und die Recherche nach guten Beispielen ermittelt wurde, ist dabei weit gestreut und reicht von EU- und Bundesmitteln sowie Förderprogrammen aus anderen Ressorts über Landesmittel bis zu Stiftungen und Krankenkassen (siehe Tabelle 1). Auch kommunale Mittel werden im Sinne der Umweltgerechtigkeit eingesetzt.

Ebene	Fördermittel und Fördermittelgeber
Europäische Union	EFRE - Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung ESF - Europäischer Sozialfonds (zum Beispiel BIWAQ - Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier", EQUAL - Gemeinschaftsinitiative EQUAL) Interreg - Europäische territoriale Zusammenarbeit, Strukturfonds URBAN - Gemeinschaftsinitiative URBAN
Bund	APUG - Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit Energetische Stadtsanierung - KfW Programm 432 ExWoSt - Experimenteller Wohnungs- und Städtebau Konjunkturpaket II Programme des BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Programme des BMG - Bundesministeriums für Gesundheit Städtebauförderungsprogramme (zum Beispiel Stadtumbau)
Land	Programm zur Förderung der Nahmobilität (Nordrhein-Westfalen) Programme der Umweltressorts Klimaschutzprogramme Zukunftsenergieprogramm des Wirtschaftsressorts (Saarland) Landesstiftungen
Kommune	Kommunale Lärmschutzprogramme Umweltprogramme Gesundheitsförderung
Stiftung/ Sonstige	Stiftungen Krankenkassen Lotteriemittel (zum Beispiel Aktion Mensch)

Tabelle 1: Beispiele für eingesetzte Fördermittel und Fördermittelgeber, Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Die in der Tabelle genannten Fördermittel und -geber sind eine Momentaufnahme aus den befragten Kommunen und stellen keine abschließende Auflistung dar. In der Praxis ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl weiterer Fördermittel gebündelt werden und weitere Fördermittelgeber Gelder für Maßnahmen in den Programmgebieten beisteuern. In den Aussagen der Kommunen wird aber deutlich, dass nur die Kooperation verschiedener Akteure aus unterschiedlichen Ressorts und die Unterstützung aus verschiedenen Quellen Projekte gelingen lässt. Insbesondere für die Verknüpfung von investiven und sozial-integrativen Maßnahmen ist ein Fördermittelmix oft unverzichtbar. Auch für Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit ist diese Verknüpfung sehr zielführend, da zum Beispiel investive Maßnahmen wie die Neuanlage von Grünflächen mit sozial-integrativen Maßnahmen wie Angeboten zur Bewegungsförderung auf den neu geschaffenen Flächen verbunden werden können.

Über eine institutionelle und strategische Förderung von benachteiligten Gebieten, wie sie zum Beispiel über das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) in Hamburg erfolgt, können die einzelnen Programme der Städtebauförderung besser miteinander kombiniert und gebündelt für Umweltgerechtigkeit in den betreffenden Gebieten angewandt werden. Mit RISE führt Hamburg das Programm Soziale Stadt sowie weitere Programme der Städtebauförderung und Stadtteilentwicklung zusammen und setzt entsprechende Mittel gebündelt in den Stadtteilen ein.

Mit Blick auf das Ressort Gesundheit gewinnen Krankenkassen in der Kooperation vor Ort und als Fördermittelgeber eine stärkere Bedeutung. So ist es zum Beispiel in der Kommune Nürnberg gelungen, insgesamt 100.000 Euro über die Kooperation mit einer Krankenkasse zur Finanzierung von gesundheitsbezogenen Mikroprojekten im Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau einzusetzen. Weitere Leistungen der Krankenkassen zur Gesundheitsförderung in den benachteiligten Quartieren der Sozialen Stadt können sich über das 2015 in Kraft getretene Präventionsgesetz ergeben.

Neben der Bündelung von verschiedenen Fördermitteln ist auch eine Zusammenführung mit Regelfinanzierungen anderer Ressorts von Bedeutung. Insbesondere das Verkehrsressort ist in der Lage, in Maßnahmen wie Verkehrsberuhigung, Einbau von Flüsterasphalt oder Verkehrslenkungsmaßnahmen zu investieren, die in hohem Maße für mehr Umweltgerechtigkeit wirken.

2.5 Akteure und Kooperationen

Alle Akteure, die sich thematisch an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage treffen, sind potenzielle Partner für Umweltgerechtigkeit.

Wenn sie zudem über ihre Einzelinteressen hinaus Know-how, Ressourcen und Engagement zur Verfügung zu stellen und aufeinander abstimmen, können förderliche Kooperationen für mehr Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt und darüber hinaus entstehen.

Hinsichtlich der Verankerung des Themas Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt ist es sinnvoll, zwischen impulsgebenden Akteuren und umsetzenden Akteuren zu unterscheiden, auch um daran die unterschiedlichen Einfluss- und Handlungsebenen zu verdeutlichen.

2.5.1 Impulse für Umweltgerechtigkeit

Die wesentlichen Impulse für mehr Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt gehen von den Ministerien und Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen aus. Dies spiegeln die Antworten aus den Befragungen von Ländern und Kommunen wieder und auch viele interviewte Akteure aus der Projektpraxis bestätigen dies. Relevant sind hier vor allem die Umweltressorts auf allen Ebenen, auf kommunaler Ebene sind zusätzlich die Stadtentwicklungsämter impulsgebende Kräfte.

Ein wirkmächtiges Beispiel auf Bundesebene für die benannte Impulskraft ist die explizite Verankerung des Themas Umweltgerechtigkeit im Rahmen der Fortschreibung der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und die Länder. Damit können städtebauliche Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit im Programm Soziale Stadt nun auch explizit gefördert werden. Neben der Notwendigkeit derartiger Erlasse für das Voranbringen eines Themas wie hier Umweltgerechtigkeit, ist dies auch ein wichtiges und erwartetes Signal für die Umsetzungsebene.

Laut Befragung kommen aus der Politik deutlich weniger Impulse als aus der Verwaltung. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit anderen Quellen zum Forschungsfeld. Offenbar ist das Thema Umweltgerechtigkeit in der Fachöffentlichkeit inzwischen präsent, scheint aber im politischen Raum noch nicht angekommen zu sein. An diesem Umstand etwas zu verändern, ist insofern von großer Bedeutung für das Thema Umweltgerechtigkeit, als dass ein klarer Ruf aus der Praxis an die Politik, sowohl im Rahmen der Projektinterviews als auch Akteur übergreifend vom bundesweiten Kongress "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" ausging: Für ein erfolgreiches Handeln braucht es die politische Rückendeckung, braucht es Akteure aus der Politik, die Umweltgerechtigkeit auf ihre Agenda setzen.

Zivilgesellschaftliche Vereinigungen, Verbände oder Stiftungen wurden in der Befragung selten als Impulsgeber für Umweltgerechtigkeit genannt. Zwar würde das Thema auch von diesen Akteuren inzwischen auf die Agenda ge-

bracht, jedoch noch sehr vereinzelt und selten explizit. Demgegenüber steht, dass zum Beispiel auf Bundesebene die Deutsche Umwelthilfe als Verband zweifelsohne eine Vorreiterrolle zum Thema innehat. Sie beschäftigt sich bereits seit einigen Jahren und in mehreren Forschungsvorhaben explizit mit Umweltgerechtigkeit, zum Beispiel mit der Rolle der Partizipation oder der Bedeutung für Biodiversität. Zudem ist der BUND hervorzuheben, der als bundesweit tätiger Verband auf dieser Ebene und auf der Berliner Länder-ebene zum Modellvorhaben der Umweltgerechtigkeitskonzeption wichtige beratende Funktionen übernommen hat und für das Thema wirbt.

Den Krankenkassen wird bislang kaum impulsgebende Bedeutung für Umweltgerechtigkeit beigemessen. Perspektivisch könnte sich das mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz ändern, denn dieses verpflichtet die Kassen, konkrete Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention zu erbringen. Auch die Gebietskulisen der Sozialen Stadt zählen zu den Lebenswelten, die mit diesen Mitteln gefördert werden sollen.

2.5.2 Umsetzungsebene

Bei der Umsetzung von Maßnahmen im Sinne der Umweltgerechtigkeit haben viele der oben genannten, eher zurückhaltenden Akteure eine größere Bedeutung: Wohnungsbaugesellschaften, Verbände und Initiativen sind hier wesentliche und unterstützende Partner. Im zivilgesellschaftlichen Spektrum sind vor allem die Bereiche Soziales, Umwelt und Bildung, zum Beispiel auch in Stiftungen, vertreten. Sportvereine spielen eine Rolle in Bezug auf Bewegungsförderung. Für Bewegungs- und Gesundheitsförderungen kommt den Krankenkassen vereinzelt eine besondere Bedeutung zu, die allerdings ausgebaut werden könnte. So agieren sie zum Beispiel als Drittmittelgeber für Projekte der Sozialen Stadt oder beteiligen sich durch Beratung oder Anleitung bei der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen. Auch kommunale und private Unternehmen unterstützen Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit. Sie finanzieren Einzelmaßnahmen, treten als Sponsoren auf oder sind, wie zum Beispiel die Projekte Unser Hahnenbach und Zauberwelt Wasser zeigen, Antragsteller und Fördernehmer im Programm Soziale Stadt.

Ämter sind auch in der Umsetzung unverzichtbar, bislang allen voran die Stadtplanungs- und Umweltämter. Deren Wirken im Sinne der Umweltgerechtigkeit ist vor allem dort erfolgreich, wo eine ressortübergreifende Zusammenarbeit gelingt.

Eine Schlüsselrolle in der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Umweltgerechtigkeit nehmen die Quartiersmanagements ein. In den seltensten Fällen der im Forschungsprojekt recherchierten Beispiele ist das Quartiersmanagement lediglich über die Fördermittelvergabe im Rahmen der Sozialen Stadt beteiligt. Meist sind es die Quartiersmanagements, die hier we-

sentliche Schlüsselkompetenzen zum Einsatz bringen: Sie stellen die Verbindungen zu und zwischen lokalen Akteuren her, moderieren Beteiligungsverfahren und organisieren die Schnittstellen zwischen Ämtern, Bewohnerschaft, sozialen Trägern und Unternehmen. Gerade für die nachhaltige Wirkung von Maßnahmen ist diese Projekt begleitende und vernetzende Tätigkeit von großer Bedeutung. Bei der dafür nötigen Aktivierung und Beteiligung der lokalen Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Nachbarschaftszentren, die sich auch für Maßnahmen der Umweltgerechtigkeit als maßgebliche Akteure in der Praxis herausgestellt haben, wird dies besonders deutlich. Und natürlich bei der Erreichung und Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Denn letztlich ist es die Bewohnerschaft, die maßgeblich für eine nachhaltige Wirkung der Projekte ist - und dies keineswegs nur als Nutzergruppe, sondern auch in der Projektentwicklung. Im Rahmen von Beteiligungsverfahren zeigen Bewohnerinnen und Bewohner Defizite und Bedarfe auf - ein Beispiel ist das gezielt auf Beteiligung angelegte Projekt KiezKlima in Berlin. Die Bewohnerschaft bringt auch Gestaltungsideen ein, etwa bei Freiraumkonzepten, wie dem Travertinpark in Stuttgart, übernimmt längerfristig Pflege- und Erhaltungsaufgaben wie etwa in Gemeinschaftsgartenprojekten und kann als Multiplikator für die Verbreitung und Implementierung von Umweltgerechtigkeit im Alltag fungieren.

2.5.3 Erfahrungen aus der Praxis

Erfahrungen der Akteure, die im Kontext der Sozialen Stadt für mehr Umweltgerechtigkeit wirken, sind den Befragungen, den Projektinterviews im Rahmen der Beispielrecherche und dem Austausch auf dem bundesweiten Kongress entnommen. Aus diesen Kontakten konnten vor allem qualitative Einschätzungen erhoben werden.

Neue Themen bringen Akteure in bislang ungewöhnlichen Akteurskonstellationen zusammen, wie etwa die Krankenkasse und das Stadtplanungsamt im Gesundheitsnetzwerk Nürnberg oder die Wasserwirtschaft und Bildungseinrichtungen im Emschertal. Gerade Umweltgerechtigkeit benötigt vielfältige Interessen, die es zu verschneiden gilt: soziale Belange, Umweltthemen, Gesundheitsförderung. Im Kontext der Sozialen Stadt ist zudem eine sozialräumliche Betrachtungsweise wichtig. Das ist spannend, stellen viele der Akteure fest, doch es ist auch mühsam, verlangt dies doch einen ausdrücklichen Blick über den Tellerrand und das Beschreiten teilweise neuer Wege der Zusammenarbeit.

Und es braucht Zeit - Zeit, die die begrenzten Förderzeiträume in der Sozialen Stadt nicht immer einräumen können. Auch können Zeithorizonte auf den Ebenen der Planenden und der lokalen Akteure unterschiedlich bewertet

werden. Den langen Atem, der für Beteiligungsprozesse in Planungskontexten unabdingbar ist, können die Bewohnerinnen und Bewohner, soziale Einrichtungen und Träger oftmals nicht aufbringen, auch weil diese Planungsprozesse nicht immer transparent und niedrigschwellig vermittelt werden. Hierbei sind Akteure, die kommunikative Brücken zwischen Verwaltungsabläufen und der Vor-Ort-Ebene schlagen können, wie die Quartiersmanagements oder aber eine vor Ort präsente Verwaltung von großer Bedeutung. Top-down und Bottom-up waren auch Diskussionsgegenstand auf dem bundesweiten Kongress, mit dem Fazit: Akteure beider Wirkrichtungen können und sollten in Theorie und Praxis voneinander lernen, sich nicht als widerstreitend, sondern vielmehr ergänzend verstehen. Umweltgerechtigkeit, so ein Statement auf dem Kongress, ist ohnehin auf nur einem dieser Wege kaum erreichbar. Es braucht Verfahren und Vorgaben "von oben", die die Rahmenbedingungen zur Umsetzung von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit schaffen oder erleichtern und es braucht Empowerment und Engagement der Akteure vor Ort, um sie umzusetzen und weiterzuentwickeln (Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, 2016).

Themen- und auch Akteurskonkurrenzen (Träger, Ressorts, Initiativen) stehen der Umweltgerechtigkeit im Weg. Was an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage zusammen gedacht und gemacht werden müsste, kann sich in der Praxis aufgrund von Zielkonflikten oder im Wettstreit um Fördermittel gegenseitig behindern. So können etwa Vorhaben der Freiraumplanung mit Anliegen des Naturschutzes kollidieren. Dass dabei in ressortübergreifender Zusammenarbeit Lösungen und Kompromisse gefunden werden können, zeigen zum Beispiel die Maßnahmen zum Schutz der Zauneidechse im Travertinpark Stuttgart. Im Gegenüber mit existentiellen Armutsthemen, die vielfach in den Gebieten der Sozialen Stadt aktuell sind, erscheinen Projekte zur Gesundheitsförderung oder Begrünung nicht immer gleichwertig wichtig. Es gilt, gerade bei dem Thema Umweltgerechtigkeit, Überzeugungsarbeit in der Herstellung von Bezügen zu eigenen Interessen und Zielsetzungen zu leisten und diesbezüglich für Synergien zwischen einzelnen Interessensgruppen und Ressorts zu werben. Wer das kann und macht, ist Schlüsselakteur für ein Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit. Das Programm Soziale Stadt hat dafür mit den hierbei üblichen Verfahrensbeteiligten und deren Kompetenzen einiges zu bieten, erfordern doch die meisten Fördermaßnahmen genau diese integrierte Betrachtungs- und Herangehensweise.

Doch die im Rahmen des Programms geschaffenen oder qualifizierten Vernetzungsstrukturen reichen nicht aus. Natürlich machen auch Akteure im Feld der Umweltgerechtigkeit die Erfahrung, dass gelungene Projektzusammenarbeit weniger von Strukturen oder Institutionen abhängig ist, sondern vielmehr von konkreten Personen lebt, von deren Engagement, aber auch deren Beziehungen zu anderen Akteuren auf gleicher Ebene.

Ressortübergreifendes Handeln ist also auch Beziehungsarbeit im wahrsten Sinne. Vertrauen und gemeinsame Erfolgserlebnisse, so berichteten mehrere Akteure im Forschungsprozess, haben oftmals weitere Kooperationen auch in anderen Zusammenhängen nach sich gezogen. Umweltgerechtigkeit kann also auch Erprobungs- und Motivationsfunktion für neue ungewöhnliche Kooperationsmodelle für andere Themen der sozialen Stadtentwicklung sein.

2.5.4 Erfolgreich kooperieren für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

In Kommunen mit eingeführten ressortübergreifenden Kooperationen sind die Voraussetzungen für zielgerichtetes und integriertes Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit besser. Schwierig hingegen gestalten sich entsprechende Vorhaben, wenn diese Basis fehlt. Häufig ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Stadtplanungs-, Umwelt- und Grünflächenämtern sowie den Gesundheitsressorts noch wenig eingespielt und ausbaufähig. Dass sich das durch gute Praxis nachhaltig ändern kann, verdeutlicht das Hamburger Beispiel des Interkulturellen Permakulturgartens. Durch das Projekt angestoßene neue Kooperationsbeziehungen zwischen Gesundheitsressort und dem Fachbereich Stadtgrün konnten auch über dieses Projekt hinaus erfolgreich in weiteren Vorhaben wirksam werden.

Viele Kommunen sehen in einer stärkeren Einbindung von Wirtschaftsverbänden und -unternehmen sowie von Trägern der Wohlfahrtspflege und der Krankenkassen eine wichtige und noch zu wenig genutzte Chance für Umweltgerechtigkeit. Umfassende integrierte Stadtentwicklungsvorhaben wie etwa beim Beispiel des Kieler Klimaschutzquartiers Gaarden hätte die Stadt ohne finanzielle und strategische Beteiligung von Partnern aus der Wirtschaft und von Verbänden nicht stemmen können, so das klare Fazit der Projektleitung auf dem Kongress "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt". Doch auch in kleineren Projekten sind Kooperationen mit solchen Akteuren bedeutsam oder gar entscheidend. In den meisten Bundesländern sind Maßnahmen wie zum Beispiel Coachings von Akteuren, Umweltbildungs- oder andere sozial-integrative Projekte über das Programm Soziale Stadt nicht förderfähig. Diese sind aber, wie mehrfach dargestellt, sehr förderlich oder gar entscheidend für Projekte, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken. Nahezu alle präsentierten Praxisbeispiele im Forschungsvorhaben zeigen das. Für diese Leistungen braucht es oft Kooperationspartner, die diese mit finanziellen Mitteln oder Infrastruktur ermöglichen. Auch für eine Verstetigung beziehungsweise Weiterführung von im Rahmen der Sozialen Stadt initiierten Projekten sind solche Partner wesentlich, denn diese sind nicht an begrenzte Förderlaufzeiten gebunden.

Im Forschungsprojekt wurde an verschiedenen Stellen eine stärkere Einbindung und Beteiligung des Verkehrsressorts und anderer Verkehrsakteure gewünscht. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) stellt eine für die Umweltgerechtigkeit erhebliche Quelle von Umweltbelastungen dar. Verkehr wird zwar auf anderer Maßstabsebene als der des Quartiers geplant und gelenkt, seine Auswirkungen sind aber ganz konkret auf dieser Ebene wahrnehmbar und belasten die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner. Hinsichtlich förderlicher und notwendiger Kooperationen für Umweltgerechtigkeit gibt es deshalb eine klare Konsequenz, die beim Kongress auf den Punkt gebracht wurde: Der Verkehr muss mit an den Tisch in der Debatte. Er ist ein Schlüsselakteur für Umweltgerechtigkeit (Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, 2016).

Als förderlich für Projekte zur Umweltgerechtigkeit haben sich auch Kooperationen mit Wissenschaft und Forschung erwiesen. Nicht nur tragen sie mit fachspezifischem Wissen oder auch Daten zu einer fundierten und komplexen Betrachtungsweise bei, wie sie gerade das Thema Umweltgerechtigkeit erfordert. Zumeist bringen entsprechende Einrichtungen, wie Universitäten, Fachhochschulen oder Forschungszentren personelle Ressourcen und zusätzliche methodische und inhaltliche Module in Projekte der Sozialen Stadt ein: Erhebungsmethoden etwa zur Feinstaubbelastung in Quartieren und deren Auswertung, Klimastationen und entsprechende Anleitung für lokale Akteure oder pädagogische Beratung für Umweltbildungsprojekte. Wissenschaft kann über die Quartiere hinaus Impulse an die Politik geben und zur Legitimation gezielter Fördermaßnahmen beitragen.

Um nötige neue Kooperationen in der Sozialen Stadt für die Zielstellungen der Umweltgerechtigkeit aufzubauen, ist es entscheidend, das Interesse und Engagement von Akteuren für die Quartiersebene zu gewinnen, wie zum Beispiel Krankenkassen, größere Unternehmen, Verbände, Stiftungen oder auch wissenschaftliche Einrichtungen.

2.6 Erfolgsfaktoren

Im Rahmen der recherchierten guten Beispiele von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, die in der gleichnamigen Publikation portraitiert sind, wird deutlich, dass einige wiederkehrende Faktoren wesentlich zum Erfolg der Projekte beigetragen haben.

Gelungene Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit gehen auf die Mehrfachbelastung in den Gebieten ein. Sie verknüpfen verschiedene Zielsetzungen miteinander, gewinnen das Engagement und Know-how verschiedener Akteure und bündeln in der Regel unterschiedliche Mittel im Projekt. Schlüssel zum Erfolg sind dabei das Denken und Handeln jenseits eigener Interessen, Res-

sorts und auch räumlicher Grenzen sowie die Bereitschaft und Fähigkeit zur Kooperation.



Mehrere Ziele im Blick

Projekte der Sozialen Stadt verfolgen oft verschiedene Zielsetzungen gleichzeitig. Für Umweltgerechtigkeit ist genau dies von besonderer Wichtigkeit. Mit der Neuanlage des Sport- und Begegnungsparks in Kiel-Gaarden ist es gelungen, für die Bewohnerschaft des angrenzenden benachteiligten Quartiers einen Zugang zu einer attraktiven Grünfläche zu schaffen und gleichzeitig mit den dort stattfindenden niedrigschwelligen sportlichen Angeboten die Gesundheit der Bewohner zu fördern. In der Gemüsewerft in Bremen-Gröpelingen wird eine Brache in dem verdichteten Stadtteil für die Bevölkerung zur gemeinsamen Gestaltung und gärtnerischen Bewirtschaftung nutzbar und zugänglich gemacht. Anliegen der urbanen Landwirtschaft ist es zudem, ein Lernort zu verschiedenen ökologischen Themen und gesunder Ernährung zu sein.

Ressortübergreifende Kooperation

Für die Umsetzung von Projekten zur Umweltgerechtigkeit spielt die ressortübergreifende Kooperation, eine entscheidende Rolle, denn der Ansatz an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage erfordert ein Zusammenspiel von Wissen, Befugnissen und Ressourcen aus unterschiedlichen Fachbereichen, insbesondere aus Stadtplanungs-, Umwelt- und Gesundheitsämtern. Das heißt auch, dass Ressortinteressen durch kooperatives Handeln überwunden werden müssen. Der Mombacher Abenteuerwald in Mainz zum Beispiel konnte neben dem großen zivilgesellschaftlichen Engagement nur durch die gute Kooperation zwischen Stadtplanung, Grün- und

Umweltamt, dem Forstamt sowie dem Ressort Jugend erfolgreich erhalten und qualifiziert werden.

Neue Kooperationen für den Sozialraum

Weil Umweltgerechtigkeit die Belange Umwelt, Gesundheit und soziale Lage mit sozialräumlicher Betrachtungsweise zusammenführt, lädt das Thema auch zu neuen und fruchtbaren Akteurskonstellationen ein. Im Nürnberger Gesundheitsnetzwerk etwa arbeitet die Stadtplanung eng und erfolgreich mit einer Krankenkasse zusammen. Die umfassende Lernmaterialsammlung Zaubervelt Wasser konnte nur durch die gelungene und bis dato sehr außergewöhnliche Kooperation von Wasserwirtschaft und Bildungseinrichtungen entstehen. Entscheidend für gute Kooperationen für Umweltgerechtigkeit ist auch die Fähigkeit der Akteure, ihr Handeln sozialräumlich zu betrachten und auszurichten.

Mittelbündelung

Die Bündelung von Fördermitteln der Sozialen Stadt mit weiteren Finanzmitteln ist nicht nur erklärtes Ziel der Städtebauförderung, sondern in gelungenen Beispielen auch gelebte Praxis. Vielfach wird es erst im Zusammenspiel vieler Förderungen möglich, integrierte Projekte, wie sie Umweltgerechtigkeit erforderlich macht, erfolgreich umzusetzen. Das Projekt Schule im Wald® bündelt in mehreren Berliner Quartiersmanagementgebieten Mittel der Sozialen Stadt mit einem Programm der Berliner Bildungsverwaltung, Mitteln der Berliner Forsten und einer Stiftung. Die umfassenden Mehrzielmaßnahmen für das Klimaschutzquartier Kiel-Gaarden konnten nur durch den abgestimmten Einsatz von verschiedenen Landes- und kommunalen Mitteln und einer KfW-Förderung realisiert werden.

Verknüpfung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen

Es hat sich gezeigt, dass für die Umsetzung im Sinne des integrierten Ansatzes der Umweltgerechtigkeit eine Verschränkung von baulichen mit sozial-integrativen Maßnahmen sinnvoll ist und eine nachhaltige Wirkung befördert. Die Entwicklung und Gestaltung des Travertinparks in Stuttgart wurde zum Beispiel durch Drittmittel finanzierte Bewegungsangebote flankiert, die die Nutzergruppen an den neuen Freiraum und seine Möglichkeiten heranführt. Mit angedockten Bildungsangeboten im dortigen Gartenprojekt wurden Menschen aus dem Quartier für Pflege- und Erhaltungsarbeiten gewonnen. Die Wirkung der umfassenden Baumaßnahmen im Rahmen des Emscherumbaus erfuhren erst durch die vielfältige Beteiligungs- und Bildungsarbeit auf Quartiersebene in Gladbeck Brauck Akzeptanz und Wertschätzung unter der Bevölkerung.

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement kann ein Auslöser für Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit sein, etwa durch das Einfordern von Verbesserungen oder des Erhalts von Ressourcen, zum Beispiel im Fall des Mombacher Abenteuerwaldes in Mainz. Dass der Abenteuerwald als Freifläche dem Quartier erhalten blieb, ist maßgeblich auf das Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner zurückzuführen. Insgesamt ist bürgerschaftliches Engagement für die Bedarfsermittlung, Projektumsetzung und auch für die Verstetigung von Projekten ein Erfolgsfaktor. Zum Beispiel tragen die Mitglieder des Interkulturellen Permakulturgartens in Hamburg-Langenhorn nach Aufbau- und Anleitungsphase inzwischen den Garten selbst. Dabei setzen sie sich über Gartenthemen hinaus im Stadtteil ein und vernetzen Akteure sowie unterschiedliche Themen wie Bewegung, Ernährung und interkulturellen Austausch miteinander.

Frühzeitige und kontinuierliche Bürgerbeteiligung

Nicht nur für die Akzeptanz von Maßnahmen ist die Beteiligung der betroffenen Zielgruppen von Bedeutung. Anwohnerinnen und Anwohner bringen schon bei der Bedarfsermittlung und der Entwicklung konkreter Maßnahmen wichtiges Wissen ein, das sich erst aus der alltäglichen Lebensbewältigung im Quartier ergibt. Das Projekt KiezKlima in Berlin setzte dies erfolgreich für die Realisierung alltagstauglicher Klimaanpassungsmaßnahmen ein. Vor allem die Kontinuität der Beteiligung war für den Travertinpark in Stuttgart ein Schlüssel. Durch die langen Planungszeiten, wie für solche umfassenden Maßnahmen üblich, drohte das Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern abzunehmen. Hier war es entscheidend, die Zielgruppen durch regelmäßige Präsenz und transparente Informationen an der Parkentwicklung teilhaben zu lassen.

Themen und Räume verbinden

Der Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage sollte sozialräumlich betrachtet werden. Oft beinhaltet das auch einen Wechsel der Maßstabsebene. Dass der milliardenschwere Flussumbau in der Emscherregion auch etwas mit Stadtteilentwicklung zu tun hat, fiel beim Blick auf die Karte auf: Die von den Abwasserkanälen besonders beeinträchtigten Gebiete sind größtenteils Städtebaufördergebiete mit sozialen Problemlagen. Diese Verbindung führte in Gladbeck Brauck zur Kooperation zwischen Wasserwirtschaft und Sozialer Stadt und motivierte weitere Nachfolgeprojekte dieser Art in der Region.

Offenheit der Verwaltung für neue Wege

Um Maßnahmen im Sinne der Umweltgerechtigkeit umzusetzen, können innovative Ansätze, die Offenheit erfordern, hilfreich sein. Einen solchen Weg hat die Stadt Leipzig im Projekt Urbaner Wald mit der Entwicklung eines neu-

en Flächentyps durch Kooperation von Stadtplanung und Stadtforstamt eingeschlagen. Dabei riskierte sie auch einiges Befremden der Anwohnerschaft, die lange warten muss, bis die kleinen Baumsetzlinge zu einem erlebbaren Wald werden. Die Stadt begegnete diesen Bedenken erfolgreich mit frühzeitiger und kontinuierlicher Information. Mut zu großen Begriffen war in der Gartenstadt Drewitz ein Schlüssel für die Ermöglichung und Förderung der radikalen Straßenumbau- und energetischen Sanierungsmaßnahmen in dem Programmgebiet der Sozialen Stadt und nicht zuletzt auch für die Identifikation und Akzeptanz in der Bevölkerung.

3 Indikatoren zur Erfassung von Umweltgerechtigkeit

Voraussetzung für gezieltes Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit ist deren Erfassung. Bevor Mehrfachbelastungen entgegengewirkt werden kann, müssen sie auf kleinräumiger Ebene feststellbar sein. Ziel muss es sein, Stadt- und Ortsteile zu identifizieren, die in besonderem Maße im Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage benachteiligt sind.

Indikatoren für die Erfassung von Umweltgerechtigkeit müssen der Mehrdimensionalität des Ansatzes gerecht werden und die verschiedenen Belastungsbereiche abbilden. Zudem müssen sie übereinandergelegt werden können, um sie zu Aussagen über Mehrfachbelastungen zu verdichten.

Die praktische Anwendung von Indikatoren zur Umweltgerechtigkeit ist den Autorinnen bisher nur vom Berliner Modellvorhaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bekannt, das in Kapitel 3.1 näher erläutert wird. Auf Basis dieses Modellvorhabens ist in dem Forschungsprojekt "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2015) ein Monitoringansatz entwickelt worden, der darauf beruht, häufig verfügbare Indikatoren zu aggregieren, um für viele Kommunen anwendbar zu sein (siehe Kapitel 3.2). Ergänzend werden die Ergebnisse der Kommunenbefragung zur Anwendung von Indikatoren zur Umweltgerechtigkeit aus dem vorliegenden Forschungsvorhaben in Kapitel 3.3 vorgestellt.

3.1 Beispiel: Die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption

Zur Erarbeitung notwendiger Grundlagen für die zielgerichtete Entwicklung von umwelt- und gesundheitspolitischen Handlungsstrategien arbeitet das Land Berlin seit 2008 an dem ressortübergreifenden raumbezogenen Modellvorhaben "Umweltgerechtigkeit in Berlin" (Klimeczek 2012, 2014). In Kooperation mit fachlich zuständigen Senatsverwaltungen, dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, mehreren Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und dem Umweltbundesamt wurden die einzelnen Themenfelder der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption (IBUK) entwickelt und für das Berliner Stadtgebiet angewendet (Bundesamt für Strahlenschutz et al. 2011, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016).

Die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption besteht aus vier Ebenen:

- Umweltgerechtigkeitsmonitoring (kleinräumliche Umweltbelastungsanalyse)
- räumliche Ebene (Ausgleichskonzeption)
- Umsetzungsebene (Strategien, Maßnahmen, Projekte)
- Evaluation.

Dabei stand unter anderem die Frage im Vordergrund, wie Informationen, Daten und Analyseergebnisse aus den Fachressorts Umwelt, Gesundheit, Stadtentwicklung, Städtebau und Soziales gemeinsam auf der Ebene der 447 Planungsräume [PLR, kleinste Einheit der Lebensweltlich Orientierten Räume (LOR)] in Berlin übereinandergelegt und zu einer neuen räumlichen Betrachtung zusammengeführt werden können.

Hierzu wurde ein zweistufiges Monitoring angewendet. Auf der Ebene der 447 Planungsräume Berlins wurden zunächst Daten zu fünf Kernindikatoren ausgewertet, die nachfolgend erläutert werden. Die Auswertungen sind dabei von unterschiedlichen Forschungseinrichtungen und Verwaltungseinheiten vorgenommen worden. Zur Vergleichbarkeit der Kernindikatoren untereinander wurden die Ergebnisse in jeweils drei Belastungskategorien (gering, mittel, hoch) eingeteilt.

3.1.1 Indikatoren

Folgende Kernindikatoren wurden für die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption erarbeitet und für das Berliner Stadtgebiet kleinräumig angewandt.

Lärmbelastung

Zur Ermittlung der sozialräumlichen Belastung durch Lärm wurde das Prinzip der externen Kosten angewendet. Dieses beruht auf der Annahme, dass nicht die Verursachenden des Lärms dessen negative Effekte tragen, sondern dass sie diese auf Dritte verlagern. Die in Dezibel gemessene Lärmbelastung wird in Bezug auf die entstandenen Umweltschäden bewertet, indem die Anzahl der von Lärm betroffenen Personen berücksichtigt wird.¹ Die durchschnittliche Lärmbelastung pro Einwohner/Einwohner gibt Aufschluss darüber, wie stark die Belastung unabhängig von der Einwohnerdichte der Gebiete ist.

Luftschadstoffe

Um flächengewichtete Jahresmittelwerte der Luftschadstoffkonzentrationen für die Planungsräume zu erhalten, wurden für die Gesamtstadt Daten basierend auf Rasterzellen (500m x 500m) und linienhaften Informationen zu den Hauptverkehrsstraßenabschnitten (mit Längen und Breitenangaben) ausgewertet. Letztere wurden einbezogen, um Planungsräume mit hohen Anteilen von Straßenverkehrsflächen zu betonen. Die Daten mussten mit den Grenzen der Planungsräume verschnitten werden, Jahresmittelwerte wurden mit Modellierungsverfahren bestimmt.

¹ TU Dresden, Lehrstuhl für Verkehrsökologie, Prof. Dr. Ing. Udo J. Becker, Thilo Becker, Julia Gerlach (2012): Externe Autokosten in der EU-27. Überblick über existierende Studien

Grünflächenversorgung

Die Planungsraum bezogene Grün- und Freiflächenversorgung wird über eine komplexe Berechnungsmethode des Fachverfahrens "Versorgungsanalyse für die städtische Versorgung mit Grünflächen (VAG)" in vier Versorgungsstufen ermittelt. Einbezogen werden zunächst die öffentlichen wohnungsnahen und siedlungsnahen Grünanlagen, die durch Flächengrößen (wohnungsnah: > 0,5 Hektar; siedlungsnah: > 10 Hektar) und Einzugsbereiche (wohnungsnah: 500 Meter; siedlungsnah: 1.000-1.500 Meter) unterschieden werden. Die Versorgung mit halböffentlichen und privaten Grün- und Freiflächen wird über stadtstrukturelle Kennwerte ermittelt, von Teilblock- auf Planungsraumebene aggregiert und mit dem öffentlichen Versorgungsgrad kombiniert. Zum Schluss wird ein Planungsraumindex mit drei Versorgungsklassen ermittelt. Die Ausstattungsqualität bleibt dabei unberücksichtigt.

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung ist am höchsten, wenn eine Hitzebelastung am Tage vorhanden ist und in der Nacht keine ausreichende Abkühlung stattfindet. Für die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption wurden zwei Bewertungsindices zu einem sogenannten PET-Index (Physiological Equivalent Temperature) kombiniert. Für die Tagesbelastung fanden Daten des PMV-Index (Predicted Mean Vote, vorausgesagter mittlerer Wert) Eingang und für den Wärmestress während der Nacht diejenigen des PET-Index.

Soziale Problematik

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2013 basiert als gestuftes Indexverfahren auf den vier Index-Indikatoren:

- Arbeitslosigkeit: Anteil der Arbeitslosen (SGB II und III) an den 15-65-Jährigen,
- Langzeitarbeitslosigkeit: Anteil der Arbeitslosen (SGB II und III) mit einer Bezugszeit von über einem Jahr an den 15-65-Jährigen,
- Anteil der nicht arbeitslosen Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen (SGB II und XII) an den Einwohnerinnen und Einwohnern und
- Kinderarmut: Transferbezug SGB II der unter 15-Jährigen.

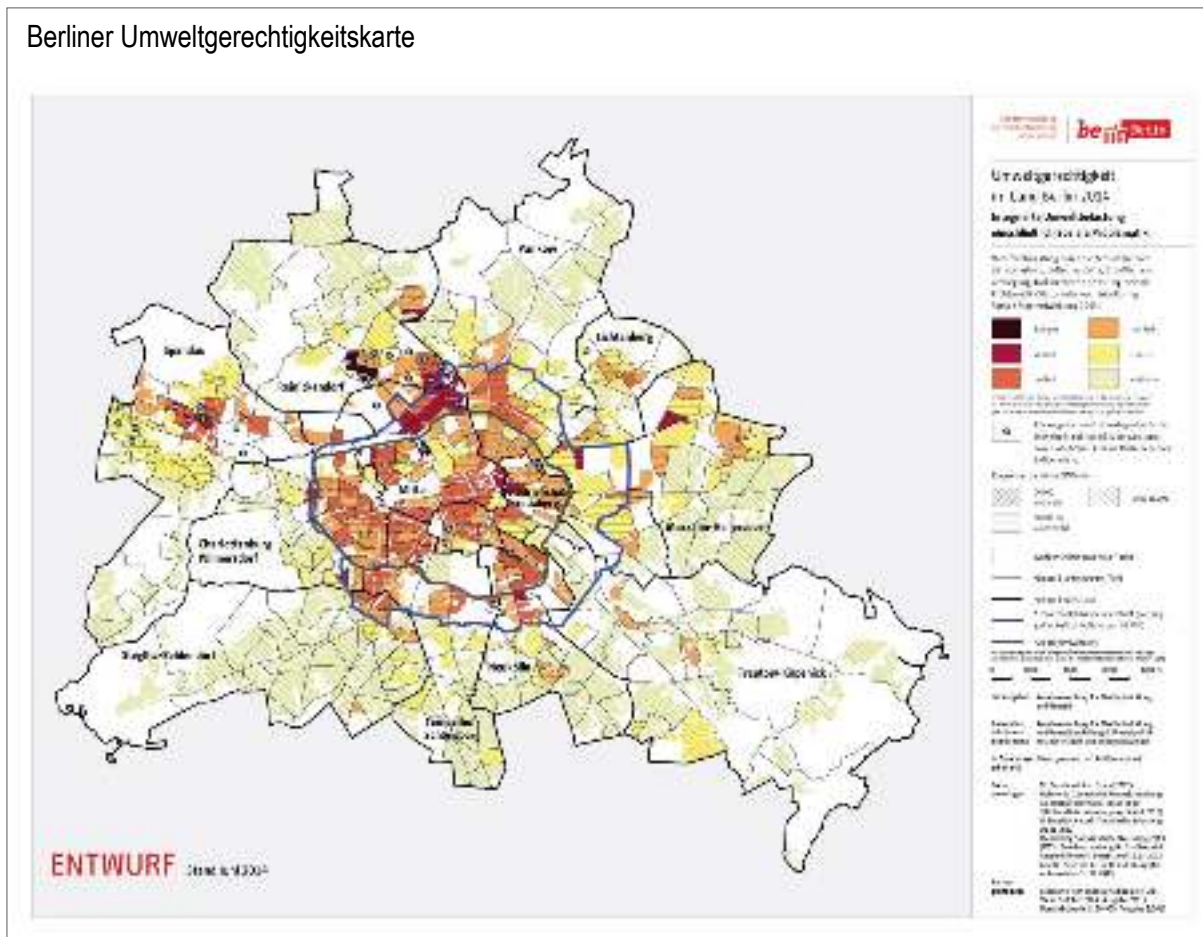
Diese können als Status und als Veränderungsdynamik in einem bestimmten Zeitraum abgebildet werden. Für die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption wurde der aus den Statusindikatoren berechnete Statusindex verwendet, um die räumliche Verteilung sozial benachteiligter Einwohnerinnen und Einwohner abzubilden.

Zusätzlich zur Analyse mit den Kernindikatoren werden die Erkenntnisse mit Hilfe von Ergänzungsindikatoren präzisiert. Dabei werden zum Beispiel die Wohnlagenkarte des Berliner Mietspiegels, die überwiegende Realnutzung

aus dem Berliner Umweltatlas sowie die sozialräumliche Verteilung der Baustruktur betrachtet.

Die Ergebnisse sind pro Kern- und Ergänzungsindikator kartografisch dargestellt. Zusammengeführt worden sind die Kernindikatoren in zwei integrierten Mehrfachbelastungskarten mit den Kategorien "unbelastet", "einfach", "zweifach", "dreifach" und "vierfach" sowie weiteren thematischen Mehrfachbelastungskarten. Als maßgeblich für das ressortübergreifende, raumbezogene Planen und Verwaltungshandeln gilt die "Berliner Umweltgerechtigkeitskarte", die auf der integrierten Mehrfachbelastungskarte Umwelt und soziale Problematik aufbaut.

Berliner Umweltgerechtigkeitskarte



Quelle: Klimeczek 2014

3.1.2 Einschätzung und Übertragbarkeit

Mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption IBUK wurden erstmals Indikatoren zur Erfassung der Umweltgerechtigkeit und ein Verfahren zur Verschränkung der Indikatoren entwickelt, das die Mehrfachbelastungen auf kleinräumiger Ebene gut darstellen und damit Gebiete mit unterschiedlichen Handlungsbedarfen ausweisen kann.

Für das Berliner Modellvorhaben waren umfassendes wissenschaftliches Know-how und arbeitsintensive Erhebungs- und Analyseverfahren erforderlich. Dieser hohe zeitliche und personelle Aufwand ist sicherlich nicht von allen Kommunen leistbar. Zudem konnte in Berlin auf eine qualifizierte Datenbasis auf kleinräumiger Ebene zugegriffen werden. Die Ausgangsbedingungen und die vorhandene Datenbasis stellen sich in den Kommunen sehr unterschiedlich dar, so dass eine Übertragbarkeit der Anwendung in andere Kommunen im Einzelfall zu prüfen ist. Die IBUK kann jedoch wertvolle inhaltliche und methodische Hinweise und Anregungen zu geeigneten Indikatoren geben, die an die spezifischen Bedingungen in den Kommunen anzupassen sind. Im Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2015), auf das im Folgenden eingegangen wird, wird daher das IBUK als Basis für Überlegungen zu einem vereinfachten Vorgehen genommen.

3.2 Monitoringansatz aus dem Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum"

Im Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum", das vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA 2015) durchgeführt wurde, wird auf Basis der Ergebnisse des Berliner Modellvorhabens ein vereinfachter, zweistufiger Monitoringansatz vorgeschlagen. Das gesamtstädtische kleinräumige Monitoring benennt Indikatoren für die Bereiche Soziale Lage, Gesundheit und Umwelt, die der nachfolgenden Tabelle 2 zu entnehmen sind.

Im Rahmen der ersten Stufe wird die Gesamtstadt kleinräumig mittels Basisindikatoren betrachtet, in der zweiten Stufe erfolgt eine vertiefende Betrachtung der in der ersten Stufe als mehrfach belastet identifizierten Gebiete. Mittels der Vertiefungsindikatoren sollen auch qualitative Aussagen zu den Gebieten getroffen werden können.

Vor dem Hintergrund, dass die Verfügbarkeit von kleinräumigen Daten in den Kommunen sehr unterschiedlich ist, wird empfohlen, auch mit den jeweils vorhandenen individuell ausgewählten Indikatoren zu arbeiten. Die inhaltliche Relevanz, die Aussagefähigkeit und die Stabilität des Indikators sind neben der Verfügbarkeit weitere Kriterien für die Basisindikatoren. Die Anzahl der Indikatoren sollte dabei überschaubar und handhabbar sein.

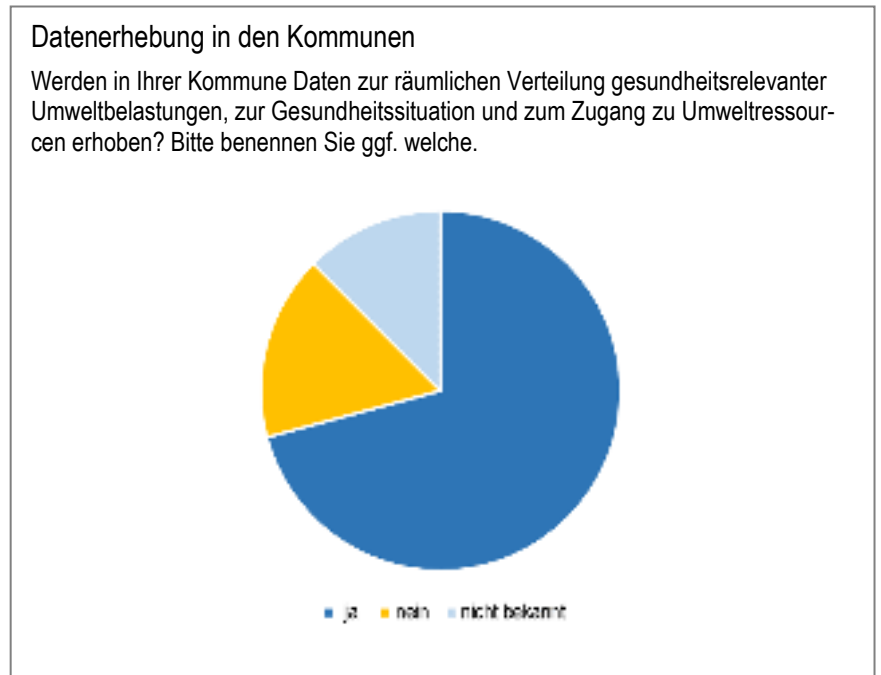
Betrachtungsebene	Indikatorset Soziale Lage	Indikatorset Umwelt	Indikatorset Gesundheit
Gesamtstädtisch kleinräumig	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der Langzeitarbeitslosen - Anteil der erwerbstätigen SGB II-Empfänger/innen - Anteil der Kinderarmut - Anteil der Jugendarbeitslosigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Belastung durch Straßenverkehrslärm (Tag-Abend-Nacht-Lärmindex Lden) - Belastung durch Feinstaub PM10 im Jahresmittel - Belastung durch Stickstoffdioxid NO2 im Jahresmittel - Anteil an öffentlichen Grünflächen 	<ul style="list-style-type: none"> - Häufigkeit des Auftretens von Adipositas und Übergewicht bei Schuleingangsuntersuchungen - Häufigkeit des Auftretens von grobmotorischen Störungen bei Schuleingangsuntersuchungen
Vertiefend teilräumlich	<ul style="list-style-type: none"> - Übergangsquote aufs Gymnasium - Schulentlassene ohne Bildungsabschluss 	<ul style="list-style-type: none"> - Belastung durch weitere Lärmquellen wie Schienen-, Flug-, Industrie- und Gewerbelärm - Geschätzte Anzahl der Menschen, die in lärmbeeinträchtigten Gebieten (Straßenverkehrslärm und ggf. Gesamtlärm) leben - Kleinräumige Lärmverteilung (gebäudescharfe Bewertung) - Qualität öffentlicher Grünflächen (Zugänglichkeit, Ausstattung, Sicherheit, Sauberkeit, Pflegezustand, Umweltbelastung) - Überwärmungsgebiete beziehungsweise Gebiete mit Überwärmungspotenzial - Bebauungsdichte (Grundflächenzahl) - Lichtimmissionen künstlicher Beleuchtungsanlagen (mittlere Beleuchtungsstärke in der Fensterebene) 	<ul style="list-style-type: none"> - Daten zu belastungsspezifischen Krankheiten aus Einzelstudien

Tabelle 2: Indikatorenset Umweltgerechtigkeit, Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, eigene Darstellung nach Preuß und anderen, 2013

Mit dem Monitoringansatz wird den Kommunen ein niedrigschwelliges Handwerkszeug geliefert, um an den jeweils verfügbaren Daten anzusetzen und sich ohne zusätzliche wissenschaftliche Erhebungen der Beurteilung von Mehrfachbelastungen zu nähern. Die vorgeschlagenen Indikatoren sind in vielen Kommunen zugänglich und damit für die Anwendung geeignet.

3.3 Ergebnisse der Kommunenbefragung

Um Aussagen zum Einsatz von Indikatoren für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt zu treffen, wurden die Kommunen im Rahmen des vorliegenden Forschungsvorhabens zu ihrer Datenerhebung und zu Mehrfachbelastungen hinsichtlich von Umwelt- und Gesundheitsfaktoren befragt.



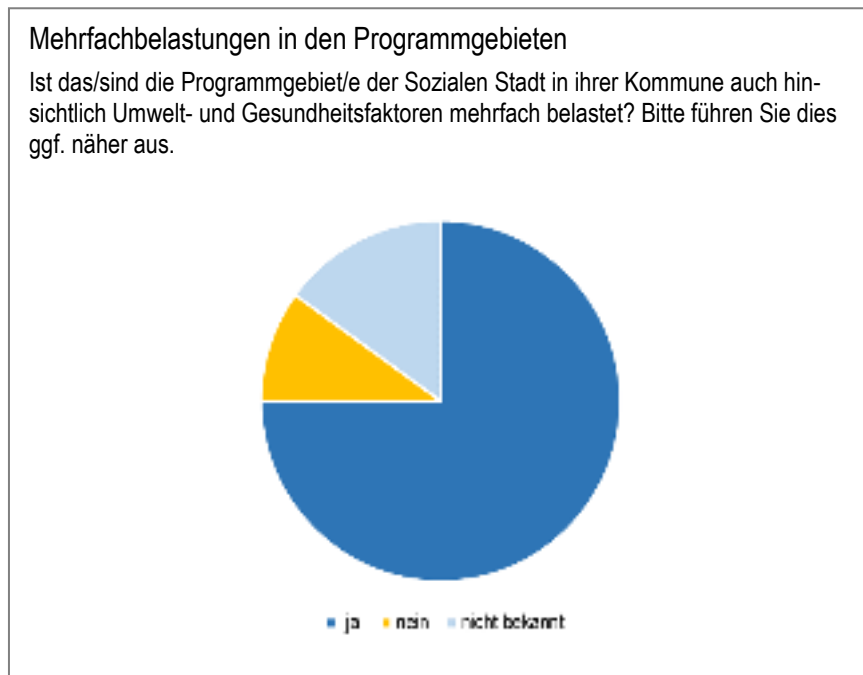
Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Über zwei Drittel der Kommunen erheben Daten zur räumlichen Verteilung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen, zur Gesundheitssituation und zum Zugang zu Umweltressourcen. Konkret benannt werden Sozialraumanalysen und die Gesundheitsberichterstattung. Bei Letzterem wird vor allem auf die Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen verwiesen.

Als konkrete Beispiele für die Erhebung von Umweltbelastungen werden Luftschadstoffe, Bioklima, Lärm und Altlasten benannt. Unterschiedliche Planwerke bewerten die Belastungen und zeigen Wege zum Abbau auf, wie z. B. Lärminderungsplanung und Klimafunktionskarten mit Luftaustauschbereichen. Stadtteilstudien werden benannt, um die Grünflächenversorgung zu analysieren.

Insgesamt wird deutlich, dass der Großteil der Kommunen in Bezug auf Luftbelastungen, Verkehr und Lärm, Grundwasser- und Bodenschutz sowie die Versorgung mit Grünflächen Analyseinstrumente und Planungsverfahren einsetzt, um die Voraussetzungen für den Abbau der Belastungen zu schaffen. Über die Erhebung der Grünflächenversorgung ist vielfach eine Grundlage vorhanden, um einem sozialgerechten Zugang zu dieser Ressource näher

zu kommen. Allerdings können aufgrund der Befragung keine Aussagen darüber getroffen werden, ob eine Vergleichbarkeit oder Verschränkung der Analysen zu den verschiedenen Parametern auf kleinräumiger Ebene möglich ist oder bereits vorgenommen werden.



Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Drei Viertel der befragten Kommunen geben bei der Frage nach Mehrfachbelastungen an, dass die Programmgebiete der Sozialen Stadt auch hinsichtlich der Umwelt- und Gesundheitsfaktoren mehrfach belastet sind. Hervorgehoben werden Schadstoffbelastungen durch Verkehr und Industrie in Bezug auf Luft, Lärm sowie Geruch. Weiterhin benannt werden Bodenbelastungen auf Brachflächen.

Im Bereich der gesundheitlichen Belastungen werden Bewegungsdefizite aufgrund zu geringen Freiraumangebotes aufgeführt. Von einigen Kommunen werden konkrete Problematiken in Bezug auf Übergewichtigkeit und Zahnerkrankungen bei Kindern benannt. Auch wird auf eine geringere Lebenserwartung in benachteiligten Quartieren verwiesen. Diese Vermutung deckt sich mit Studien des Robert-Koch-Instituts, die festgestellt haben, dass ein niedriger sozioökonomischer Status mit einem erhöhten Mortalitätsrisiko und einer verringerten Lebenserwartung einhergeht (Lampert; Kroll 2014; Robert Koch-Institut 2015).

Kommunen, die keine Mehrfachbelastungen angegeben haben, begründen dies damit, dass bereits Lösungen für Probleme gefunden wurden, wie Lärmschutzwände an der Autobahn oder dass keine gravierenden Emissionen durch Verkehr und Industrie vorhanden sind.

Die Befragung der Kommunen macht deutlich, dass bereits viele Daten zu Umwelt- und Gesundheitsfaktoren in den Kommunen erhoben werden und das Problembewusstsein zu Mehrfachbelastungen vorhanden ist. Allerdings bleibt offen, wie kleinräumig und miteinander vergleichbar die Datensätze sind. Es ist davon auszugehen, dass in den Kommunen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung auch jeweils unterschiedliche Daten erfasst werden. Die Daten sind in der Regel in verschiedenen Planwerken und Studien zugänglich. Für eine Beurteilung der Mehrfachbelastungen hinsichtlich der Umweltgerechtigkeit ist erforderlich, die Daten auf gleicher räumlicher Ebene übereinander zu legen. Dies ist in den jeweiligen Kommunen mit unterschiedlich großem Arbeitsaufwand verbunden. Dafür sind zusätzliche personelle Ressourcen in den Kommunen erforderlich, deren Durchsetzung einer Zustimmung von Seiten von Politik und Verwaltung bedarf.

4 Weiterer Forschungsbedarf

Ausgehend von der vorliegenden Untersuchung lässt sich weiterer Forschungsbedarf zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, aber auch darüber hinaus für die Städtebauförderung und die Stadtentwicklung insgesamt feststellen.



Gesundheit

Bisher gibt es für den Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes keine kommunalen Fachplanungen. Etabliert ist das Instrument der Gesundheitsberichterstattung. Die Daten werden mit unterschiedlichen Gebietsbezügen und vielfach in Bezug auf Zielgruppen ausgewertet.

Forschungsfrage: Welchen Beitrag kann das Ressort Gesundheit in der Abwägung der formellen und informellen Planung auf sozialräumlicher Ebene leisten?

Umweltgerechtigkeit beschäftigt sich mit gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen und nimmt damit verhältnisbedingte Gesundheitsfaktoren in den Blick. Die Gesundheitswissenschaften unterscheiden zwischen verhaltensbedingten und verhältnisbedingten Faktoren. Auch auf Quartiersebene ist diese Unterscheidung für ein zielgerichtetes Handeln zentral.

Forschungsfragen: Welche Wirkungszusammenhänge zwischen verhältnisbedingten Umweltfaktoren und Gesundheit lassen sich messen? Wie lassen sich verhaltensbedingte Faktoren von verhältnisbedingten isolieren? Welche weiteren medizinischen Indikatoren aus der Forschung eignen sich für Aussagen zu verhältnisbedingten Umweltbelastungen, die für die Gesundheit relevant sind?

Umwelt

Die Analyse von Umweltbelastungen wird über formelle Planungsinstrumente ermöglicht, wie zum Beispiel über den Immissionsschutz, die Luftreinhalteplanung, die Lärminderungsplanung und das Bodenschutzrecht. Diese Fachplanungen und Analysen beziehen sich auf die jeweiligen Umweltgüter wie Luft und Boden. Sie werden in der Regel gesamtstädtisch erhoben. Eine Verschneidung mit Analysen zur sozialen Lage auf sozialräumlicher Ebene kann erst in einem nächsten Schritt erfolgen.

Forschungsfragen: Welchen Aussagegehalt in Bezug auf die Umweltgerechtigkeit haben die verschiedenen Planungsinstrumente? Was können die Planungsinstrumente in Bezug auf kleinräumlicher beziehungsweise sozialräumlicher Ebene leisten?

Verkehr

Motorisierter Individualverkehr ist als Quelle von Lärm und Feinstaub ein wesentlicher Verursacher von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen im Quartier und damit eine Stellschraube für Umweltgerechtigkeit. Kooperationen mit dem Verkehrsressort sind aber bisher auf Quartiersebene wenig ausgeprägt. Ziele, Ausgangsbedingungen und Wirkungsradius der Verkehrsplanung und der Quartiersentwicklung sind unterschiedlich. Über verkehrliche Maßnahmen wie Temporeduzierung, den Umbau in Spielstraßen oder den Einbau von Flüsterasphalt lassen sich Belastungen begrenzen.

Forschungsfragen: Wie lässt sich die Einbindung des Verkehrsressorts in die Abstimmungsprozesse der Sozialen Stadt verbessern? Welche guten Beispiele gibt es, in denen gelungene Kooperationen für eine Reduzierung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen im Quartier gesorgt haben?

In vielen Städten sind alternative Mobilitätskonzepte und -ansätze entstanden, die dem motorisierten Individualverkehr durch eine Förderung des Radverkehrs durch qualifizierte Radwegeverbindungen, Share-Modelle oder eine soziale Preispolitik des öffentlichen Personennahverkehrs etwas entgegenzusetzen. Umweltbelastungen lassen sich auch durch E-Mobility-Ansätze reduzieren.

Forschungsfrage: Welchen Beitrag können alternative Mobilitätskonzepte zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit leisten? Wie lassen sich alternative Mobilitätsansätze so organisieren, dass sie möglichst große Effekte auf eine Verbesserung der Umweltgerechtigkeit haben?

Indikatoren

Im Rahmen des Berliner Modellvorhabens zur Integrierten Umweltgerechtigkeitskonzeption und darauf aufbauend im Monitoringansatz aus dem Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2014) sind geeignete Indikatoren erforscht und für Berlin erprobt worden. Aus anderen Kommunen liegen bisher keine Erkenntnisse zur Anwendung von Indika-

toren zur Umweltgerechtigkeit vor. Mit Fallstudien könnte Folgendes vertieft werden.

Forschungsfrage: Wie lassen sich Indikatoren zur Umweltgerechtigkeit in die Monitoringsysteme der Kommunen integrieren?

Städtebauliche Strukturen

Der Stadtraum mit seinen urbanen Baustrukturen (zum Beispiel Blockstruktur, Zeilenbebauung, Großsiedlung) bringt unterschiedliche Voraussetzungen dazu mit, wie sich zum Beispiel Lärm verbreitet, sich Hitzeinseln bilden oder Grünflächen zugänglich sind. Für Umweltgerechtigkeit ist das relevant.

Forschungsfragen: Wie können verschiedene urbane Baustrukturen (zum Beispiel Blockstruktur, Zeilenbebauung, Großsiedlung) hinsichtlich Umweltgerechtigkeit beurteilt werden? Gibt es spezifische Auswirkungen der Baustruktur auf Umweltgerechtigkeit, die sich verallgemeinern lassen?

In vielen Großstädten wächst die Bevölkerung. Diese Städte brauchen Flächen für den Wohnungsbau und verdichten vielfach die Innenstädte, um den benötigten Wohnraum in nachgefragter und verkehrsgünstiger Lage zu schaffen. Dabei werden Grünräume überbaut und versiegelt.

Forschungsfragen: Wie wirken sich welche baulichen Verdichtungsformen auf Umweltgerechtigkeit aus? Wie lässt sich die wachsende Stadt und ihr Verdichtungsanspruch mit Zielsetzungen der Umweltgerechtigkeit verbinden?

5 Handlungsempfehlungen

Umweltgerechtigkeit kann einen Beitrag dafür leisten, dass die Wohn- und Lebensverhältnisse in den Quartieren der Sozialen Stadt nachhaltig verbessert werden. Dabei sollte Umweltgerechtigkeit nicht als neues Handlungsfeld in der Sozialen Stadt eingeführt werden, sondern als "neue Brille", die die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage stärker in den Fokus nimmt und einen neuen Blick auf die Programmatik und Umsetzung der Sozialen Stadt wirft. Gute Voraussetzungen dafür bietet das Programm: Die Akteure in Bund, Ländern, Kommunen und im Quartier sind erprobt im Umgang mit integrierten Projekten und Maßnahmenbündeln, die verschiedene Zielsetzungen verfolgen. Maßnahmen, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken, werden bereits umgesetzt. Nun geht es darum, Umweltgerechtigkeit als Ziel stärker und auch explizit bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zu integrieren.



Das Thema braucht mehr Öffentlichkeit und die explizite Benennung, um besser wirksam zu werden. Um die Implementierung der Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt zu erhöhen, ist es erforderlich, den beteiligten Akteuren, insbesondere aus der Lokal- und Länderpolitik den Mehrwert des Ansatzes zu verdeutlichen. Mit Umweltgerechtigkeit lässt sich die Verbesserung der Lebensqualität und die Schaffung von gesunden Lebensbedingungen im Sinne von Chancengleichheit gut begründen.

Aus dem Forschungsvorhaben können Handlungsempfehlungen für mehr Umweltgerechtigkeit an die Akteure der verschiedenen Ebenen adressiert werden. Reflektiert wurden wesentliche Handlungsempfehlungen aus dem Positionspapier der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL 2014) und dem Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" (UBA 2015). Die daraus ausgewählten Handlungsempfehlungen wur-

den in die Befragungen innerhalb des vorliegenden Forschungsvorhabens aufgenommen. Eine wesentliche Rückmeldung der Länder und Kommunen ist, dass fast alle vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen als sehr wichtig oder als wichtig angesehen wurden. In weiterer Rückkopplung mit den befragten Akteuren in den Quartieren der guten Beispiele und den Diskussionen auf dem bundesweiten Kongress zur Umweltgerechtigkeit werden nachfolgend die wichtigsten Empfehlungen mit der adressierten Ebene dargestellt.

5.1 Übergreifende Empfehlungen

Strukturen für ressortübergreifendes Handeln ausbauen

Diese Empfehlung richtet sich an Bund, Länder und Kommunen. Ressortübergreifendes Handeln ist auf allen Ebenen wesentlicher Erfolgsfaktor für die Verbesserung von Umweltgerechtigkeit. Da es bei dem Thema insbesondere um die Verschränkung der Bereiche Umwelt und Gesundheit geht, sind auch gerade diese Ressorts gefordert, ihr Analyse- und Handlungswissen mit den Akteuren der Städtebauförderung zu teilen. Die Zusammenarbeit dieser Ressorts ist vielfach vor Ort noch nicht etabliert. Geeignete Strukturen für die Zusammenarbeit können dabei auf den verschiedenen Ebenen auch unterschiedlich gestaltet sein. Wichtig erscheint vor allem die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit. Die Bundesebene ist angehalten, rechtliche und finanzielle Rahmen für eine solche förderliche programmatische Zusammenarbeit zu stecken. Die Länder sollten mit der inhaltlichen Erweiterung und Konkretisierung der Programme weitere Weichen für die Umsetzungsebene stellen. Auf kommunaler Ebene kann zum Beispiel mit ressortübergreifenden Arbeitsgruppen eine Umsetzung für mehr Umweltgerechtigkeit gefördert werden.

Verkehr als Schlüsselressort einbeziehen

Ein wichtiges Ressort für die Herstellung von mehr Umweltgerechtigkeit ist der Verkehr. Als Auslöser zentraler Belastungen wie Lärm und Feinstaubbelastung haben Verkehrsmaßnahmen, zum Beispiel zur Verkehrslenkung und -beruhigung, eine große Bedeutung für die benachteiligten Quartiere. Neue Konzepte zur Mobilität, zum Beispiel zum Radverkehr, zu Sharing- oder E-Mobility-Ansätzen können ebenfalls zur Problemlösung beitragen. Da Verkehrsmaßnahmen vielfach eine stadtweite Dimension haben oder je nach Einstufung auch den Bundesbehörden unterliegen, gestaltet sich der Einfluss der Quartiersebene mitunter schwierig. Aufgrund der großen Bedeutung für mehr Umweltgerechtigkeit wird aber die partielle Zusammenarbeit für quartiersbezogene Maßnahmen empfohlen.

Forschungsergebnisse bekannt und nutzbar machen

Inzwischen gibt es im Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit etliche Studien, die sich unterschiedlichen Aspekten widmen. Darüber hinaus liefern Forschungen aus einzelnen Fachbereichen wichtige Erkenntnisse für die

Wirkzusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Diese gilt es, auf allen Ebenen zielgruppengerecht an unterschiedliche Akteure zu bringen und diese bei der Implementierung des Wissens in die Praxis zu unterstützen. Das kann durch Veröffentlichungen oder Veranstaltungen, Weiterbildungen, Arbeitskreise oder gezielte Kooperationen mit der Wissenschaft erfolgen. Der bundesweite Kongress zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt hat gezeigt, dass ein fachübergreifender Austausch den Blick über die eigene Disziplin hinaus öffnet und für die Umsetzung von Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit anregen kann.

5.2 Empfehlungen an Bund und Länder

Gesundheits- und umweltbezogene Partnerprogramme zur Sozialen Stadt einführen

Die Soziale Stadt ist ein Programm, das verschiedene Fördermittel und weitere Mittel unterschiedlicher Geber auf lokaler Ebene bündelt. Damit sollen die Städtebauförderungsmittel ergänzt werden, um die Quartiere zu stärken. Die Förderung über die Soziale Stadt ist dabei baulich-investiv ausgerichtet. So können sozial-integrative Maßnahmen der Gesundheitsförderung wie zum Beispiel Bewegungsangebote, Ernährungskurse oder Drogenprävention vielfach nicht finanziert werden, da sie nicht investiv ausgerichtet sind. Umweltprogramme sind meist thematisch bezogen und haben keinen sozialräumlichen Fokus. An diesen Bereichen gilt es anzusetzen und Partnerprogramme aufzulegen, die die Förderkulissen der Sozialen Stadt in besonderer Weise berücksichtigen. Geeignete Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit können oft Maßnahmenbündel sein, bei denen die investive Förderung, zum Beispiel die Anlage einer Grünfläche, mit einer sozial-integrativen Maßnahme, zum Beispiel Bewegungsangeboten auf der neuen Grünfläche, verknüpft werden. Mit einer Verschränkung von investiven mit sozial-integrativen Maßnahmen lassen sich perspektivisch sinnvolle Projekte zur Umweltgerechtigkeit finanzieren. Das 2015 in Kraft getretene Präventionsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung und muss nun von den Krankenkassen ausgefüllt werden.

5.3 Empfehlungen an die Länder

Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel in die Förderrichtlinien der Länder aufnehmen

Mit der Aufnahme der Umweltgerechtigkeit in die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 ist bundesweit der Weg geebnet, um Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt einen größeren Stellenwert beizumessen. Nun sind die einzelnen Länder gefragt, Umweltgerechtigkeit in ihre jeweiligen Förderrichtlinien aufzunehmen, um damit die Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen in den Kommunen zu befördern. Wesentlich erscheint hierbei,

Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel auszuweisen, zum Beispiel in den Vorgaben für die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte.

Arbeitshilfen zur Integration des Themas und interkommunalen Erfahrungsaustausch anbieten

Umweltgerechtigkeit ist für die Akteure der Sozialen Stadt in den Kommunen und Quartieren, die für die Umsetzung zuständig sind, vielfach ein neues Thema. Aufgrund seiner Komplexität und nicht selbst erklärenden Begrifflichkeit erscheint es sinnvoll, zur Unterstützung der Akteure und zur Einführung von Verfahrensweisen auf Länderebene schriftliche Arbeitshilfen anzubieten. Beispiele für Projekte zur Umweltgerechtigkeit können dabei anschaulich gemacht, Kooperationsmöglichkeiten verdeutlicht und der neue Blick auf die bestehenden Zusammenhänge von Umweltqualität und Gesundheit erklärt werden. Im interkommunalen Erfahrungsaustausch können die Kommunen im Dialog voneinander lernen und den Umgang mit dem Thema sowie Lösungsansätze diskutieren. Die Förderung des Themas über solche Angebote der Länder wird dem Ansatz der Umweltgerechtigkeit gerecht und verhilft der lokalen Ebene zu gelingenden Projektumsetzungen.

5.4 Empfehlungen an die Kommunen

Umweltgerechtigkeit in kommunale Leitbilder aufnehmen

Kommunale Leitbilder dienen als Wegweiser für die künftige Stadtentwicklung und geben Handlungsorientierung für Verwaltung und Politik. Durch die Aufnahme von Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel in kommunale Leitbilder können diese erweitert werden, denn damit wird ein weiterer Baustein zur Herstellung gleichwertiger Wohn- und Lebensverhältnisse geliefert und ein Bekenntnis zu Umweltgerechtigkeit festgehalten.

Umweltgerechtigkeit als Zielebene in die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte aufnehmen

Die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte sind ein zentrales Instrument zur Umsetzung des Förderprogramms Soziale Stadt. Sie dienen als Grundlage für Lösungsstrategien und zu realisierende Maßnahmen in den Gebieten. Mit der Aufnahme von Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel in die Konzepte würden die Zusammenhänge von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage explizit in die Entwicklung von Maßnahmen einbezogen werden. Die Ergebnisse der umwelt- und gesundheitsbezogenen Fachplanungen können in die Konzepte integriert werden. Es wird davon abgeraten, ein eigenes Handlungsfeld für Umweltgerechtigkeit einzuführen.

Sozialraumorientierung der Umwelt- und Gesundheitsämter stärken

Umweltämter richten ihr Handeln vor allem an bestimmten Umweltmedien entsprechend ihrer Pflichtaufgaben aus. Demgegenüber sind für Gesundheitsämter meist verschiedene Zielgruppen, Krankheiten oder Hygienestandards handlungsleitend. Für die Umsetzung von Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt und darüber hinaus in der Stadtentwicklung ist jedoch die sozialraumbezogene Ausrichtung unverzichtbar. Der in den Gesundheitsämtern zum Teil projektbezogen verfolgte Settingansatz, der das Wohnumfeld beziehungsweise den Stadtteil betrifft und die Verhältnisprävention betont sowie die soziale und gebaute Umwelt als Determinanten von Gesundheit begreift, kann ein sozialraumbezogenes Handeln unterstützen. Die Umweltämter können sich am Schutzgut Mensch orientieren und darüber die gesundheitsfördernden und -schädlichen Wirkungen gebietsbezogen und integriert betrachten. Damit sind in beiden Ressorts Strukturen vorhanden, die ein Anknüpfen an eine Sozialraumorientierung möglich machen und über die lokale Ebene der Quartiersmanagements zusammengeführt werden können. Dadurch sind auch Voraussetzungen für ein kleinräumiges Monitoring geschaffen.

Kleinräumiges Monitoring zu gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen aufbauen

Eine fundierte Beurteilung von Mehrfachbelastungen kann nur durch die Aufnahme von Indikatoren zu gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen auf kleinräumiger Ebene in die Monitoringsysteme der Kommunen erfolgen. Viele Kommunen verfügen über Monitoringsysteme, die für die Gebietsauswahl und die laufende Beobachtung der städtischen Teilräume genutzt werden. Umwelt- und Gesundheitsdaten sind jedoch bisher in den Raumbesichtigungen wenig vertreten. Die Verfügbarkeit und der Aufwand für ihre Erhebung ist in den Kommunen zudem sehr unterschiedlich. Umweltdaten liegen oft in unterschiedlicher Maßstabebene vor und Gesundheitsdaten sind auf unterschiedlichen Gebietsebenen über die kommunale Gesundheitsberichterstattung oder die Schuleingangsuntersuchungen verfügbar. Eine Verzahnung dieser Daten mit den kommunalen Monitoringsystemen würde eine gute Datenbasis bilden, um die Problemlagen und Mehrfachbelastungen in den Quartieren adäquat abzubilden, damit darauf aufbauend lokale Lösungsansätze für mehr Umweltgerechtigkeit gefunden werden können.

Akteursbündnisse mit Gesundheits- und Umweltakteuren bilden

Die Umsetzung von Zielen und Maßnahmen der Umweltgerechtigkeit wird befördert, wenn es gelingt, Bündnisse mit lokalen Akteuren aus unterschiedlichen Themenbereichen zu schließen. Insbesondere die Bereiche Gesundheit und Umwelt sind gefragt. Auf lokaler Ebene können die Quartiersmanagements die Akteure für Gesundheit und Umwelt identifizieren und einbinden. In den Stadtteilen sind Ärzte, Krankenkassen, Gesundheitszentren, Selbsthilfegruppen und Sportvereine aktiv. Zudem sind Umwelt- und Naturschutzver-

bände lokal organisiert und zum Teil bestehen Initiativen zu spezifischen Umweltthemen. Hier gilt es anzusetzen und die Akteure im Zusammenspiel ihrer Interessen für Umweltgerechtigkeit zu gewinnen. Durch die Bildung formeller Akteursbündnisse kann das Thema im politischen Raum ein größeres Gewicht erlangen.

Umweltgerechtigkeit mit politischen Beschlüssen einfordern

Umweltgerechtigkeit braucht neben den Initiativen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft auch politische Unterstützung. Das Thema gewinnt im politischen Raum erst allmählich an Bedeutung. Mit dem Beschluss der Umweltministerkonferenz vom Juni 2016 wurde ein erster Schritt zur größeren Bedeutung des Themas auf Bundes- und Länderebene getan. Wichtig erscheint, dass auch auf lokaler Ebene das Thema an Fahrt gewinnt und politische Beschlüsse zu mehr Umweltgerechtigkeit umgesetzt werden. Dazu muss die Politik den Mehrwert des Themas erkennen und eine entsprechende Verbesserung einfordern. Mit der Verbesserung der Umweltsituation in benachteiligten Gebieten und einer auf sozialen und gesellschaftlichen Ausgleich bedachten Stadtentwicklung kann auch die Politik punkten.

Literaturverzeichnis

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2014): Umwelt- und Gesundheitsaspekte im Programm Soziale Stadt - ein Plädoyer für eine stärkere Integration. Positionspapier aus der ARL 97, Hannover

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2016): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Berlin

Böhme, Christa; Bunzel, Arno (2014): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum, Expertise "Instrumente zur Erhaltung und Schaffung von Umweltgerechtigkeit". Berlin (Deutsches Institut für Urbanistik, Sonderveröffentlichung), <http://www.difu.de/publikationen/2014/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum.html>. Aufgerufen am 17.11.2015

Bolte, Gabriele; Bunge, Christiane; Hornberg, Claudia; Köckler, Heike; Mielck, Andreas (Hrsg.) (2012): Umweltgerechtigkeit, Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Verlag Hans Huber, Bern

Bundesamt für Strahlenschutz, Bundesinstitut für Risikobewertung, Robert-Koch-Institut, Umweltbundesamt (Hrsg.) (2011): II. Themenheft Umweltgerechtigkeit. UMID: Umwelt und Mensch - Informationsdienst. Ausgabe 2/2011.

Bundesamt für Strahlenschutz, Bundesinstitut für Risikobewertung, Robert-Koch-Institut, Umweltbundesamt (Hrsg.) (2014): Schwerpunkt: Umwelt und Gesundheit in Stadtentwicklung und -planung. UMID: Umwelt und Mensch - Informationsdienst. Ausgabe 2/2014.

Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.) (2011): Umweltgerechtigkeit und Biodiversität, mehr Umweltgerechtigkeit durch Biodiversität, neue Wege in der Stadtentwicklung und Umweltbildung. Praxisbeispiel aus dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt der Biodiversität 2011". Radolfzell

Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.) (2014): Umweltgerechtigkeit durch Partizipation auf Augenhöhe, Strategien und Empfehlungen für Grünprojekte in Stadtquartieren. Radolfzell

Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.) (2015): Lebenswerte Stadtquartiere durch Umweltgerechtigkeit, ein Handlungsleitfaden für Zivilgesellschaft und Kommunen. Radolfzell

Hornberg, Claudia; Bunge, Christiane; Pauli, Andrea (2011): Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit, Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis. Arbeitsgruppe 7-Umwelt und Gesundheit, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld. Bielefeld

Jumpertz, Elke (2012): Biologische Vielfalt bildet! Zusammenhänge zwischen Partizipation, Umweltgerechtigkeit und Umweltbildung, in: Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.) (2012): Umweltgerechtigkeit und Biologische Vielfalt. Radolfzell, Seiten 22f

Klimeczek, Heinz-Josef (2012): Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit - Strategien auf Landesebene, in: Bolte, Gabriele; Bunge, Christiane; Hornberg, Claudia; Köckler, Heike; Mielck, Andreas

(Hrsg.) (2012): Umweltgerechtigkeit, Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Verlag Hans Huber, Bern, Seiten 205-218

Klimeczek, Heinz-Josef (2014): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin - Zur methodischen Entwicklung des zweistufigen Berliner Umweltgerechtigkeitsmonitorings. in: Bundesamt für Strahlenschutz, Bundesinstitut für Risikobewertung, Robert-Koch-Institut, Umweltbundesamt (Hrsg.) (2014): Schwerpunkt: Umwelt und Gesundheit in Stadtentwicklung und -planung. UMID: Umwelt und Mensch - Informationsdienst. Ausgabe 2/2014, Seiten 16-22

Köckler, Heike; Hornberg, Claudia (2012): Vulnerabilität als Erklärungsmodell einer sozial differenzierten Debatte um Risiken und Chancen im Kontext von Umweltgerechtigkeit, in: Bolte, Gabriele; Bunge, Christiane; Hornberg, Claudia; Köckler, Heike; Mielck, Andreas (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Verlag Hans Huber, Bern, Seiten 73-86.

Lampert, T.; Kroll, LE. (2014): Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung. Hrsg. Robert-Koch-Institut, Berlin. GBE kompakt 5(2), www.rki.de/gbe-kompakt. Aufgerufen am: 19.09.2016

Maschewsky, Werner (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt. VAS, Frankfurt/Main

Planergemeinschaft Kohlbrenner eG (2016): Bundesweiter Kongress Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt vom 13. Juni 2016 in Berlin. Veranstaltungsdokumentation, <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Stadtentwicklung/Staedtebaufoerderung/Forschungsprogramme/SozialeStadt/Projekte/Umweltgerechtigkeit/dokumentation-kongress-13-06-2016.pdf>. Aufgerufen am 19.09.2016

Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2015): Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. RKI, Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2016): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin, Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik. Basisbericht 2016, Entwurf, Berlin

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum - Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Umwelt & Gesundheit 01/2015, Dessau-Roßlau

Umweltbundesamt (2015): Stressreaktionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen>. Aufgerufen am 19.09.2016

Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2016

Bildnachweise

Titelseite: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Seite 27: Thomas Franke

Seite 32: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Seite 39: Eva Göttlein

Seite 46: Lyko, Emschergenossenschaft

Seite 55: InPeLa - Interkultureller Permakulturgarten Langenhorn, Cornelia Haderer

Seite 68: Wolf-Christian Strauss

Seite 71: Michael Scheer

Anhang

Fragebogen Länder

Fragebogen Kommunen

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Fragebogen bitten wir Sie um Ihre Mithilfe im Rahmen des Forschungsvorhabens "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt". Ihre Erfahrungen und Empfehlungen sind eine wichtige Grundlage für die Situationsanalyse zur Umweltgerechtigkeit und für die Recherche guter Beispiele im Rahmen des Programms Soziale Stadt. Wir haben uns bemüht, den Bearbeitungsaufwand für Sie so gering wie möglich zu gestalten und gehen davon aus, dass er einen zeitlichen Umfang von 20 Minuten nicht überschreitet.

Beim Konzept der Umweltgerechtigkeit wird der Zusammenhang von sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit in den Blick genommen. Es geht darum, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden bzw. zu reduzieren und einen gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu ermöglichen. Besondere Relevanz hat dieser Zusammenhang für sozial benachteiligte Stadträume. Oft handelt es sich dabei um Programmgebiete der Sozialen Stadt. Bewohnerinnen und Bewohner sind dort in vielen Fällen stärker von Umweltbelastungen betroffen als in anderen Stadtgebieten, z.B. durch Lärmbelastungen, Luftverschmutzung oder fehlende attraktive Grünräume im Wohnumfeld.

Das Programm Soziale Stadt stellt die integrierte Betrachtung von Problemlagen in den Mittelpunkt und führt verschiedene Handlungsfelder zusammen. So sind auch Themen wie Freiflächenversorgung, Gesundheitsförderung oder Verkehrsberuhigung oft wesentlicher Bestandteil der Ziele und der Projektumsetzung vor Ort, auch durch Bündelung mit weiteren Programmen und Initiativen. Diese Themen betreffen Aspekte der Umweltgerechtigkeit. Da dieser Ansatz aber bisher wenig verbreitet ist, werden die Themen vermutlich oftmals implizit verfolgt. Es soll daher untersucht werden, inwieweit Umweltgerechtigkeit bereits aufgegriffen wird und welche Perspektiven gesehen werden.

Bitte senden Sie den Fragebogen **bis zum 6. November 2015** an: k.jahnke@planergemeinschaft.de oder verabreden Sie mit uns einen Termin (Tel.: 030/ 885 914-53), damit wir die Befragung telefonisch durchführen können, falls Sie dies bevorzugen.

Wir bedanken uns sehr für Ihre Mithilfe!

1. Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten: Situationsbeschreibung

Von Interesse ist, ob und wie das Thema Umweltgerechtigkeit – explizit und implizit – bisher in den Programmgebieten der Sozialen Stadt in Ihrem Bundesland aufgegriffen wird.

1.1

Dazu ist Ihre Einschätzung gefragt: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Bitte setzen Sie jeweils ein x und erläutern Sie ggf.

Aussage	ja	nein	k. A.	Bemerkung
Umweltgerechtigkeit ist in unserem Bundesland explizit ein Ziel in der Programmumsetzung der Sozialen Stadt.				
Umweltgerechtigkeit ist Bestandteil der Vorgaben zur Erstellung der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte.				
In der Sozialen Stadt werden bereits Maßnahmen explizit zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit umgesetzt.				
Es gibt zwar Projekte in der Sozialen Stadt, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken, jedoch nicht explizit mit diesem Ziel.				
Das Thema Umweltgerechtigkeit ist bei uns in anderen Ressorts angesiedelt.				

1.2

Spielen Umweltaspekte im Sinne gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen und der Zugang zu Umweltressourcen bei der Auswahl der Programmgebiete in Ihrem Bundesland eine Rolle?

Bitte setzen Sie ein x und erläutern Sie ggf.

<input type="checkbox"/>	Ja, und zwar mittels (z.B. Indikatoren):
<input type="checkbox"/>	Nein, weil:
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt

2. Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit

Aufgrund des integrierten Ansatzes der Sozialen Stadt können insbesondere Mehrzielprojekte und Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit wirksam werden, auch wenn dies nicht explizit mit der Zielvorgabe der Umweltgerechtigkeit geschieht.

In welchen Handlungsfeldern kennen oder sehen Sie sinnvolle Ansätze zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit? Bitte kreuzen Sie alle zutreffenden Handlungsfelder an und in einem zweiten Schritt die aus Ihrer Sicht **drei** wichtigsten Handlungsfelder. Ergänzen Sie gern zusätzliche Handlungsfelder.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und ergänzen Sie ggf.

Handlungsfeld	zutreffend	3 wichtigste
Grünflächenverbesserung	<input type="checkbox"/>	
Klimaschutz/ Klimaanpassung	<input type="checkbox"/>	
baulicher Lärmschutz	<input type="checkbox"/>	
Energetische Sanierung	<input type="checkbox"/>	
Verkehrsberuhigung /-lenkung	<input type="checkbox"/>	
Gesundheitsförderung	<input type="checkbox"/>	
Wohnen	<input type="checkbox"/>	
Bildung	<input type="checkbox"/>	
bürgerschaftliches Engagement	<input type="checkbox"/>	
weitere und zwar:	<input type="checkbox"/>	

3. Akteure und Kooperationen für Umweltgerechtigkeit

Das Programm Soziale Stadt mit seinem integrierten Handlungsansatz bringt verschiedene Akteure für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten in den Handlungsfeldern zusammen. Ressortübergreifendes Handeln und die Beteiligung lokaler Akteure sind Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Wirkung von Maßnahmen. Es soll eruiert werden, welche Akteure und Kooperationen derzeit die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit verfolgen und welche perspektivisch hilfreich wären.

3.1

Welche Akteure sehen Sie **aktuell** als wesentliche Impulsgeber für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt **auf Landes- bzw. regionaler Ebene**? Bitte kreuzen Sie an (Mehrfachnennungen möglich) und ergänzen Sie bei Bedarf gern weitere Akteure.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und ergänzen Sie ggf.

	Institution	ggf. benennen
	Landesministerien und Landesbehörden	
	Landespolitik, Parteien	
	Umweltverbände	
	Krankenkassen	
	Verbände der Wohnungswirtschaft	
	Wirtschaftsverbände oder -unternehmen	
	Energieversorger	
	Wohlfahrtsverbände und Stiftungen	
	zivilgesellschaftliche Initiativen	
	weitere, und zwar:	

3.2

Welche Akteure sollten Ihrer Meinung nach **künftig** auf Länderebene stärker oder zusätzlich für die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt eingebunden werden?

Bitte benennen Sie und erläutern Sie ggf.

Akteure:

4. Kosten und Mittelbündelung

Die Programmmittel der Sozialen Stadt verteilen sich unterschiedlich auf einzelne Handlungsfelder. Es soll eruiert werden, welchen Stellenwert hinsichtlich der Förderkosten Maßnahmen einnehmen, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken und welche Ressourcen dafür mobilisiert werden.

4.1

An dieser Stelle bitten wir Sie um Ihre grobe Einschätzung: Wie hoch in etwa schätzen Sie den Anteil der Kosten von Fördermaßnahmen der Sozialen Stadt zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit im Verhältnis zu den Gesamtkosten aller Fördermaßnahmen der Sozialen Stadt in den Programmgebieten in Ihrem Bundesland?

Bitte setzen Sie ein x.

bis 10%

>10 - 30%

>30 - 50%

über 50%

4.2

Wurden zusätzlich zur Umsetzung von Maßnahmen der Sozialen Stadt weitere Fördermittel aus anderen Programmen oder andere Mittel im Sinne der Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten eingesetzt (z.B. aus den Ressorts Umwelt, Gesundheit oder Stiftungen etc.)?

Bitte setzen Sie ein x und benennen Sie ggf.

	Ja, und zwar:
	Nein
	nicht bekannt

5. Perspektiven

Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit ist bisher in Deutschland noch nicht so verbreitet. Es soll herausgearbeitet werden, was sich befördernd oder bremsend für die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit durch das Programm Soziale Stadt auswirkt.

5.1

Sollte Umweltgerechtigkeit aus Ihrer Sicht zukünftig einen höheren Stellenwert innerhalb des Programms Soziale Stadt bekommen? Bitte begründen Sie Ihre Aussage.

Bitte setzen Sie ein x und begründen Sie ggf.

	Ja, weil:
	Nein, weil:
	nicht bekannt

5.2

Was müsste aus Ihrer Sicht getan werden, um Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt stärker zu befördern? Bitte bewerten Sie diesbezüglich die folgenden Maßnahmen hinsichtlich Ihrer Wichtigkeit. Ergänzen Sie bei Bedarf gern weitere Maßnahmen.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und ergänzen Sie ggf.

Maßnahme	sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig
Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel in die Förderrichtlinien der Länder aufnehmen			
Umweltgerechtigkeit als Zielebene in die integrierten städtebaul. Entwicklungskonzepte aufnehmen			
Aufnahme der Umweltgerechtigkeit in kommunale Leitbilder			
Strukturen für ressortübergreifendes Handeln ausbauen			
Sozialraumorientierung in Umwelt- und Gesundheitsämtern stärken			
Einführung eines kommunalen Fachplans Gesundheit			
sozialräumliches Monitoring zu gesundheitsrelevanter Umweltbelastung			
Arbeitshilfen anbieten und Erfahrungsaustausch zum Thema Umweltgerechtigkeit fördern			
Umweltgerechtigkeit mit Beschlüssen einfordern			
Bildung von Akteursbündnissen mit Gesundheits- und Umweltakteuren			
Zivilgesellschaftliche Debatte zur Umweltgerechtigkeit befördern			
Einführung gesundheits- und umweltbezogener Partnerprogramme zur Sozialen Stadt			
weitere:			

5.3

Worin sehen Sie mögliche Hemmnisse für die stärkere Verankerung der Umweltgerechtigkeit im Programm Soziale Stadt?

Bitte benennen Sie und erläutern Sie ggf.

--

6. Empfehlung von guten Beispielen

Ihre Kenntnis und Übersicht zur Programmumsetzung der Sozialen Stadt in den Kommunen sind für uns eine entscheidende Grundlage für die vertiefende Recherche zu guten Praxisbeispielen im Sinne der Umweltgerechtigkeit. Gelungene Beispiele können sowohl Fördermaßnahmen der Sozialen Stadt als auch Maßnahmen im Rahmen der Mittelbündelung in den Fördergebieten der Sozialen Stadt sein, die Aspekte der Umweltgerechtigkeit beinhalten. Wir bitten Sie, uns 3 Kommunen in Ihrem Bundesland zu benennen, in denen Sie gute Beispiele kennen oder vermuten. Sofern bekannt, geben Sie uns bitte Anhaltspunkte zu den Projektbeispielen. Bitte nennen Sie uns, wenn möglich, auch Ansprechpartnerinnen / Ansprechpartner.

Bitte benennen Sie.

Kommune	Projektbeispiel, wenn bekannt	Kontakt

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Fragebogen bitten wir Sie um Ihre Mithilfe im Rahmen des Forschungsvorhabens "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt". Wir haben uns bemüht, den Bearbeitungsaufwand für Sie so gering wie möglich zu gestalten und gehen davon aus, dass er einen zeitlichen Umfang von 30 Minuten nicht überschreitet.

Beim Konzept der Umweltgerechtigkeit wird der Zusammenhang von sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit in den Blick genommen. Es geht darum, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden bzw. zu reduzieren und einen gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu ermöglichen. Besondere Relevanz hat dieser Zusammenhang für sozial benachteiligte Stadträume. Oft handelt es sich dabei um Programmgebiete der Sozialen Stadt. Bewohnerinnen und Bewohner sind dort in vielen Fällen stärker von Umweltbelastungen betroffen als in anderen Stadtgebieten, z.B. durch Lärmbelastungen, Luftverschmutzung oder fehlende attraktive Grünräume im Wohnumfeld.

Bisher ist der Ansatz der Umweltgerechtigkeit wenig verbreitet. Daher ist zu vermuten, dass bisher Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt Umweltgerechtigkeit nicht explizit zum Ziel haben. Maßnahmen in den Bereichen Freiflächenversorgung, Gesundheitsförderung oder Verkehrsberuhigung etc. wirken jedoch im Sinne der Umweltgerechtigkeit, so dass dieser Ansatz bereits implizit verfolgt wird. Mit dieser Befragung soll untersucht werden, inwieweit Umweltgerechtigkeit im Programm Soziale Stadt bereits aufgegriffen wird – explizit oder implizit – und welche Perspektiven gesehen werden.

Bitte senden Sie den Fragebogen **bis zum 1. Dezember 2015** an: k.stelmacher@planergemeinschaft.de oder verabreden Sie mit uns einen Termin (Tel.: 030/ 885 914-61), damit wir die Befragung telefonisch durchführen können, falls Sie dies bevorzugen.

Wir bedanken uns sehr für Ihre Mithilfe!

Ihre Angaben:

Kommune:	
Name und Kontakt:	
Programmgebiet(e)	

1. Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten: Situationsbeschreibung

Von Interesse ist, ob und wie das Thema Umweltgerechtigkeit – explizit und implizit – bisher in den Programmgebieten der Sozialen Stadt in Ihrer Kommune aufgegriffen wird.

1. 1

Dazu ist Ihre Einschätzung gefragt: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Bitte führen Sie in der Bemerkungsspalte auf, falls Ihre Einschätzung bezüglich einzelner Programmgebiete unterschiedlich ausfällt.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und erläutern Sie ggf.

Aussage	ja	nein	k. A.	Bemerkung
Umweltgerechtigkeit ist explizit ein Ziel in der Programmumsetzung der Sozialen Stadt.				
Umweltgerechtigkeit ist Bestandteil der Vorgaben zur Erstellung der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte.				
In der Sozialen Stadt werden bereits Maßnahmen explizit zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit umgesetzt.				
Es gibt zwar Projekte in der Sozialen Stadt, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken, jedoch nicht explizit mit diesem Ziel.				

Das Thema Umweltgerechtigkeit ist bei uns in anderen Ressorts angesiedelt				und zwar:
---	--	--	--	-----------

1.2

Spiel(t)en Umwelt- und Gesundheitsaspekte bei der Auswahl der/des Programmgebiete(s) in Ihrer Kommune eine Rolle?

Bitte setzen Sie ein x und erläutern Sie ggf.

	Ja, und zwar mittels:
	Nein, weil:
	nicht bekannt

1.3

Werden in Ihrer Kommune Daten zur räumlichen Verteilung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen, zur Gesundheitssituation und zum Zugang zu Umweltressourcen erhoben? Bitte benennen Sie ggf. welche.

Bitte setzen Sie ein x und benennen Sie ggf.

	Ja, und zwar:
	Nein (weiter mit Frage 2)
	nicht bekannt (weiter mit Frage 2)

1.4

Ist das / sind die Programmgebiet(e) der Sozialen Stadt in Ihrer Kommune auch hinsichtlich Umwelt- und Gesundheitsfaktoren mehrfach belastet? Bitte führen Sie dies ggf. näher aus.

Bitte setzen Sie ein x und erläutern Sie ggf.

	Ja, und zwar:
	Nein, weil:
	nicht bekannt

2. Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit

Aufgrund des integrierten Ansatzes der Sozialen Stadt können insbesondere Mehrzielprojekte und Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit wirksam werden, auch wenn dies nicht explizit mit der Zielvorgabe der Umweltgerechtigkeit geschieht.

In welchen Handlungsfeldern kennen oder sehen Sie sinnvolle Ansätze zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit? Bitte kreuzen Sie alle zutreffenden Handlungsfelder an und in einem zweiten Schritt die aus Ihrer Sicht **drei** wichtigsten Handlungsfelder. Ergänzen Sie gern zusätzliche Handlungsfelder.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und ergänzen Sie ggf.

Handlungsfeld	zutreffend	3 wichtigste
Grünflächenverbesserung		
Klimaschutz/ Klimaanpassung		
baulicher Lärmschutz		
Energetische Sanierung		
Verkehrsberuhigung /-lenkung		

Handlungsfeld	zutreffend	3 wichtigste
Gesundheitsförderung		
Wohnen		
Bildung		
bürgerschaftliches Engagement		
weitere und zwar:		

3. Akteure und Kooperationen für Umweltgerechtigkeit

Das Programm Soziale Stadt mit seinem integrierten Handlungsansatz bringt verschiedene Akteure für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten in den Handlungsfeldern zusammen. Ressortübergreifendes Handeln und die Beteiligung lokaler Akteure sind Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Wirkung von Maßnahmen. Es soll eruiert werden, welche Akteure und Kooperationen derzeit die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit verfolgen und welche perspektivisch hilfreich wären.

3.1

Welche Akteure sind **aktuell** als wesentliche Impulsgeber für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt auf kommunaler Ebene? Bitte kreuzen Sie an (Mehrfachnennungen möglich) und ergänzen Sie bei Bedarf gern weitere Akteure.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und ergänzen Sie ggf.

	Institution	ggf. benennen
	Ämter, und zwar (z.B. Umwelt, Stadtplanung)	
	Kommunalpolitik, Parteien	
	Umweltverbände	
	Krankenkassen	
	Verbände der Wohnungswirtschaft	
	Wirtschaftsverbände oder -unternehmen	
	Energieversorger	
	Träger der Wohlfahrtspflege und Stiftungen	
	zivilgesellschaftliche Initiativen	
	weitere, und zwar:	

3.2

Welche Akteure sollten Ihrer Meinung nach **künftig** stärker oder zusätzlich für die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt eingebunden werden?

Bitte benennen Sie und erläutern Sie ggf.

Akteure:

4. Mittelbündelung

Ziel der Sozialen Stadt ist es auch, verschiedene Mittel in den Programmgebieten zu bündeln. Es soll eruiert werden, welche zusätzlichen Mittel im Sinne der Umweltgerechtigkeit eingesetzt werden.

Wurden zusätzlich zur Umsetzung von Maßnahmen der Sozialen Stadt weitere Fördermittel aus anderen Programmen (Bund, Land, Kommune) oder andere Mittel im Sinne der Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten eingesetzt (z.B. aus den Ressorts Umwelt, Gesundheit oder von Stiftungen etc.)?

Bitte setzen Sie ein x und benennen Sie ggf.

<input type="checkbox"/>	Ja, und zwar:
<input type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt

5. Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten: Perspektiven

Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit ist bisher in Deutschland noch nicht sehr verbreitet. Es soll herausgearbeitet werden, was sich befördernd oder bremsend für die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit durch das Programm Soziale Stadt auswirkt.

5.1

Sollte Umweltgerechtigkeit aus Ihrer Sicht zukünftig einen höheren Stellenwert innerhalb des Programms Soziale Stadt bekommen? Bitte begründen Sie Ihre Aussage.

Bitte setzen Sie ein x und begründen Sie ggf.

<input type="checkbox"/>	Ja, weil:
<input type="checkbox"/>	Nein, weil:
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt

5.2

Was müsste aus Ihrer Sicht getan werden, um Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt stärker zu befördern? Bitte bewerten Sie diesbezüglich die folgenden Maßnahmen hinsichtlich Ihrer Wichtigkeit. Ergänzen Sie bei Bedarf gern weitere Maßnahmen.

Bitte setzen Sie jeweils ein x und ergänzen Sie ggf.

Maßnahme	sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig
Umweltgerechtigkeit als Querschnittsziel in die Förderrichtlinien der Länder aufnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltgerechtigkeit als Zielebene in die integrierten städtebaul. Entwicklungskonzepte aufnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aufnahme der Umweltgerechtigkeit in kommunale Leitbilder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Strukturen für ressortübergreifendes Handeln ausbauen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialraumorientierung in Umwelt- und Gesundheitsämtern stärken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung eines kommunalen Fachplans Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sozialräumliches Monitoring zu gesundheitsrelevanter Umweltbelastung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arbeitshilfen anbieten und Erfahrungsaustausch zum Thema Umweltgerechtigkeit fördern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltgerechtigkeit mit Beschlüssen einfordern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bildung von Akteursbündnissen mit Gesundheits- und Umweltakteuren			
Zivilgesellschaftliche Debatte zur Umweltgerechtigkeit befördern			
Einführung gesundheits- und umweltbezogener Förderprogramme in Ergänzung zur Sozialen Stadt			
weitere:			

5.3

Worin sehen Sie mögliche Hemmnisse für die stärkere Verankerung der Umweltgerechtigkeit im Programm Soziale Stadt?

Bitte benennen Sie und erläutern Sie ggf.

Bitte weiter auf der nächsten Seite.

6. Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten: gute Projektbeispiele

Bitte nennen Sie uns ein besonders gelungenes Projektbeispiel aus Ihrer Kommune, das – explizit oder implizit – zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit beigetragen hat/beiträgt. Soweit Ihnen möglich, bitten wir Sie, dieses Projekt anhand folgender Merkmale kurz zu beschreiben. Herr/ Frau hatte im Rahmen der Befragung der Länder im Zusammenhang der Empfehlung Ihrer Kommune auch bereits ein konkretes Projektbeispiel benannt und zwar..... Falls Sie diese Einschätzung teilen, bitten wir Sie, dieses Beispiel hier zu beschreiben. Jedoch können Sie an der Stelle ebenso ein aus Ihrer Sicht noch wirksameres Projekt (oder mehrere) aufführen und erläutern.

Wir freuen uns, wenn Sie uns zusätzliches Material zu dem/den Projekt(en) senden (z.B. Projektbeschreibung, Dokumentation, Evaluation). Ihre Angaben sind eine entscheidende Grundlage für unsere vertiefende Recherche zu guten Beispielen.

Titel Projektbeispiel: im Programmgebiet:						
Handlungsfeld/er	Ziele	Zeitraum	Kosten	Beteiligte	Wirkung für Umweltgerechtigkeit/ Erfolge	Kontakt

Titel Projektbeispiel: im Programmgebiet:						
Handlungsfeld/er	Ziele	Zeitraum	Kosten	Beteiligte	Wirkung für Umweltgerechtigkeit/ Erfolge	Kontakt

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!